Nummer 10 Pfg.

Auflage über 60000.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 3 mal und ist durch die Expedition: Neue Graupenstraße 5 und durch Austräger zu beziehen.
Preis pro Woche 30 Pfg.
„ Monat 1.25 Mk.
„ für 3 Monate 3.60 „
Durch die Post bezogen 3.75 „
frei ins Haus 3.17 „
wo keine Post am Orte 3.56 „

Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 1206.
Postscheck-Konto Breslau Nr. 5852.

Volkswacht

für Schlesien und „Liegnitzer Volkszeitung“.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Anzeigenpreis beträgt für die einspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum für Breslau und Vorstädte 35 Pfg., außerhalb 45 Pfg. Doppelzeile unter Text 1.20 Mk. Arbeitsmarkt, Wohnungs-, Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. Familien-Nachrichten 25 Pfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 8 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Fernsprecher: Redaktion Nr. 3141.
Postscheck-Konto Breslau Nr. 5852.

Nr. 159. Breslau, Mittwoch, den 10. Juli 1918. 29. Jahrgang.

Zur Strecke gebracht.

Kühlmanns Abschied.

Jubel herrscht im Lager der Eisenfresser und Länderschlucker. Kühlmann hat seinen Abschied erhalten. Ein Staatssekretär, der erklärte, der Friede könne nicht nur durch die Gewalt der Waffen herbeigeführt werden, sondern müsse auch das Werk diplomatischer Verständigung sein, ein solcher Mann durfte in Deutschland nicht länger im Amte bleiben! Ob es auch eine Binsenweisheit war, was er aussprach, ob er auch in einer sehr unmännlichen Abschwächung seiner Rede den Chor alldeutscher Schreier zu beschwichtigen versuchte, sie gaben ihm kein Pardon. Denn er hatte sich noch mehr erlaubt. Er hatte es gewagt, wie noch heute ein patriotisches Blatt hervorhebt, eine Ansicht vom Kriegsgrunde wiederzugeben, die mit einer kurz vorher vom Kaiser kundgegebenen Auffassung in erheblichem Widerspruch stand! Wie konnte er sich so etwas erlauben. Der Mann war überhaupt internationalistisch angesteckt und so etwas haben wir doch in Deutschland nicht nötig. Wir stehen doch so schon glänzend genug da im Ansehen der Welt!

Wir sollten zwar ein Stück Parlamentarismus errungen haben, also ein wenig Mitbestimmungsrecht der Mehrheit des Reichstages. Wo ist das geblieben und wer wird sich daran kehren! Die Mehrheit des Reichstages war der Meinung, daß kein Grund bestände, Kühlmann zu verabschieden. Aber als sie eines Morgens zusammenkamen, die Volksvertreter, hatten das andere Berater der Krone schon besorgt. Man hatte sie nicht erst lange gefragt, sondern die Sache ohne sie erledigt. Und Hertling und Payer, die Erkorenen des Parlaments, sollen „unerschüttert“ sein. Schon möglich! Der englische Staatsmann Winston Churchill hat jüngst die anzügliche Bemerkung gemacht, der Krieg wird geführt zwischen Völkern, die Regierungen haben und zwischen Regierungen, die Völker haben. Was bei uns geschehen kann, diese Auffassung zu bestätigen, das geschieht.

Ueber den Eindruck, den die Entlassung Kühlmanns in der ganzen Welt haben muß, bei den Verbündeten, bei den Neutralen, bei den Feinden, brauchen wir uns keinen Augenblick irgendwelchem Zweifel hinzugeben. In der ganzen Welt wird es heißen: der Mann in Berlin, der den Verständigungsfrieden wollte, mußte den Weg Bethmann-Hollwegs gehen. Das sagt ihnen genug.

Man wird diesen Eindruck nach innen und außen abzuschwächen versuchen durch beruhigende Erklärungen, die über die Politik des vermutlichen Nachfolgers, des bisherigen deutschen Gesandten in Norwegen, von Hintze, vielleicht von ihm selbst abgegeben werden, obgleich dieser Mann ein Liebling der Alldeutschen ist. Worte sind ja biegsam. Wie es mit den Taten steht, das hat ja Scheidemann in seiner letzten Rede aufgezählt, die auch deutlich darauf hinwies, wo wir heute das Zentrum der Macht zu suchen haben. Wir sind also neugierig, wer auf die neuen Versicherungen vom Tische des Reichskanzlers hineinfallen wird.

Die Folgen.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:

In der gesamten auswärtigen Politik des Reiches vor Kriegsbeginn und seit Kriegsbeginn haben wir nicht viel anderes als eine Kette von verhängnisvollen Fehlern erblickt, die nur gelegentlich von lichten Augenblicken durchbrochen wurde. Ein solcher lichterer Augenblick war die Rede des Herrn v. Kühlmann vom 24. Juni, die zwar hinsichtlich der Formulierung der Kriegsziele gänzlich unzureichend war, aber doch immerhin durch die Erkenntnis, daß der Friede die Frucht nicht nur von Waffenerfolgen, sondern auch von Verhandlungen sein müßte, den Boden für eine künftige Verständigung in vorsichtiger Weise vorzubereiten schien. Diesem lichten Augenblick folgte aber wieder eine Reihe ungeheuerlichen Fehler, die damit begann, daß Kühlmann seine Rede vom 24. Juni am 25. Juni schon wieder zurücknahm, und die vorläufig in der Entlassung des Staatssekretärs ihren Höhepunkt erreicht hat.

Der Reichskanzler mußte wissen, daß die Entlassung des Staatssekretärs unter den gegebenen Umständen in der ganzen Welt wie eine Maßregelung wegen seiner friedensfreundlichen Aeußerungen wirken würde, er war daher verpflichtet, diese Entlassung zu verhindern, oder wenn er dies nicht vermochte, selber zu gehen. Anstatt dessen hat Graf Hertling erklärt, daß infolge des Wechsels im Staatssekretariat des Auswärtigen keine Aenderung seiner Politik eintreten werde. Mag nun diese Erklärung einer vollständigen Verkennung der Situation entsprungen oder als eleganter Witz gemeint sein, jedenfalls hat sie auf allen Seiten verständnisvolle Heiterkeit hervorgerufen.

Genosse Scheidemann hat schon in seiner vielbesprochenen letzten Rede ausgesprochen, daß die sozialdemokratische Fraktion zur Regierung Hertling nicht das Vertrauen habe, ihr den Etat zu bewilligen. Die Entlassung Kühlmanns kann das Vertrauen der Fraktion zur Regierung wahrhaftig nicht stärken, sie ist nur geeignet, das längst vorhandene Mißtrauen aufs äußerste zu verschärfen. Ob die Abstimmung über die Kriegskredite zum Anlaß genommen wird, dieses Mißtrauen nochmals in Form einer Ablehnung der Kredite auszusprechen, hängt von der grundsätzlichen Bedeutung ab, die man dieser Abstimmung beimißt. Sieht man in ihr weiter nichts als das Bekenntnis zur Landesverteidigung, so bleibt dieses Bekenntnis natürlich unberührt von dem Urteil über die Politik der Regierung, die Kredite werden auch dann bewilligt werden müssen, wenn man zur Regierung im allerschärfsten Gegensatz steht, würde man freilich die Bewilligung der Kredite, was man keineswegs unbedingt muß, als eine Art Vertrauensvotum für die Regierung auffassen, dann wäre eine Zustimmung zu den Krediten für die sozialdemokratische Fraktion nicht möglich.

Ist das die Verfassungskrise?

Unter dieser Ueberschrift gibt die „Internationale Korrespondenz“ folgende Darstellung der Ereignisse:

Die „Militärpartei“ hat einen unleugbaren großen Erfolg davongetragen. Kühlmanns Sturz und die Inanspruchnahme des Gesandten v. Hintze für den Staatssekretärposten erfüllen die angelegentlichsten Wünsche der Alldeutschen und Annektionisten, und deren Blätter haben Mühe, den lauten Jubel zu unterdrücken. Sie halten sich indessen aus kluger Berechnung zurück. Kühlmann war schließlich nur ein Mann, den sie haßten; ihr Kampf gilt dem System, der Bereitschaft zum Frieden, sobald er ohne Schädigung Deutschlands möglich ist, der Reichstagsmehrheit, welche die Sozialdemokratie mitumfaßt. Und wohlweislich hofft heute die ganze Vaterlandspartei, daß die Kühlmannkrise die Regierung Hertling-Payer und die Mehrheit von Sozialdemokraten, Fortschrittlern und Zentrum sprengen werde.

Darum gibt die alldeutsche Presse von den sensationellen Vorgängen des heutigen Tages folgende Darstellung: Graf Hertling habe sich aus völlig freiem Entschluß im Hauptquartier zu der Einsicht durchgerungen, daß Kühlmann nicht mehr gehalten werden könne, und habe infolge dessen die Genehmigung des Kaisers für sein Abschiedsgesuch erbeten. Herr v. Payer habe sie heute früh den Parteiführern mitgeteilt. Darauf hätten die Sozialdemokraten erklärt, unter diesen Umständen den Kriegskrediten nicht zustimmen zu können und der Reichstag habe ihrem Drängen entsprochen, diese zunächst an den Hauptausschuß zu verweisen. Die Sozialdemokratie werde also den Versuch machen, auch den neuen Staatssekretär sofort unter ihr kasdinisches Joch zu zwingen, widrigenfalls sie die Partei der Feinde Deutschlands ergreife. Die Regierung scheine schwach und zögernd, aber man müsse abwarten, ob sie nicht endlich diese glänzende Gelegenheit benutze, um sich von der sozialdemokratischen Tyrannis zu befreien.

Diese Darstellung ist in wesentlichen Punkten falsch. Nach Abschluß der Debatten über den Etat des Auswärtigen Amtes hatte Herr v. Kühlmann sein Abschiedsgesuch eingereicht, aber bis heute früh nahm in Berlin niemand an, daß es alsbald genehmigt werden würde. Noch gestern hatten auch die in Berlin anwesenden Regierungsmitglieder den Eindruck, daß Kühlmann mindestens vorläufig im Amte bleiben werde. Seine plötzliche Verabschiedung und die Präsentierung des Admirals v. Hintze zu seinem Nachfolger wirkten deshalb mit der ganzen Wucht einer vollständigen Ueberraschung. Unter diesen Umständen drang die Partei darauf, daß die Fraktionsvorstände Gelegenheit hätten, von der Regierung näheren Aufschluß über die Vorgänge im Hauptquartier zu erhalten, und daß der Reichstag etwas von dem Programm des neuen Staatssekretärs erfahre. Dazu bot die Kreditvorlage die allerbeste Gelegenheit.

Das ausgelöschte Friedenslicht.

Berlin, 10. Juli. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat infolge dieses Wechsels, dieses Ueberganges von Kühlmann zu Hintze, heute die Kriegskredite zum ersten Male nicht bewilligt, und sie behält sich ihre Entschließungen vor. Das dürfte nur die erste politische Folge eines Vorganges sein, der angeblich an der Politik nichts ändern soll. Die Wirkung auf das Ausland ist nicht zweifelhaft, die Kommentare braucht man gar nicht erst zu lesen, denn man kennt sie vorher. Wenn irgendwo schonein kleines Friedenslichtlein angezündet war, so ist es nun vorläufig wieder ausgelöscht. Herr v. Kühlmann, mit allen seinen Schwächen Fehlern und Unklarheiten, galt als der Träger der Verständigungsidee. Die Meinung wird nicht auszurotten sein, daß der Träger fallen mußte, weil die Idee mißfiel.

Der Jubel der Alldeutschen.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt:

„Es war vergebens. Vergebens hat König Scheidemann gedroht: Kühlmann-Krisis ist Kanzler-Krisis. Vergebens hat Herr Erzberger in seiner „Germania“ nach einer ersten Meinungsäußerung dekretieren lassen, es liege gar kein Grund für einen Rücktritt Herrn von Kühlmanns vor. Vergeblich hielt das „B. T.“ bange Hände ob dem Haupte seines gefährdeten Lieblings. Vergebens wies der Genosse Noske nach, daß zwischen der Montagsrede des Staatssekretärs und der Dienstagsrede des Kanzlers gar kein Widerspruch bestehe, daß im Gegenteil Graf Hertling die Worte Herrn v. Kühlmanns bestätigt und unterstrichen habe. . . . Ist das nun ein „Sieg der Alldeutschen?“ Man muß diese vergiftende Aus- und Unterlegung von vornherein mit aller Entschiedenheit ablehnen. Es handelt sich nicht, wie unterstellt wurde und wird, um den Kampf eines Systems gegen ein System.“

Der letzte Satz ist natürlich List, nicht Bekenntnis!

Die amtliche Kunde.

Berlin, 9. Juli. Wolffs Bureau meldet: Wie zuverlässig verlautet, hat der Kaiser das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann angenommen. Als sein Nachfolger wird der bisherige Gesandte in Christiania, v. Hintze, genannt. Eine endgiltige Entscheidung ist noch nicht getroffen.

Die Auffassung im Zentrum.

Breslau, 10. Juli. Die „Schlesische Volks-Zeitung“ schreibt:

„Herr v. Kühlmann war ein Anhänger der Verständigung mit England und überhaupt ein Vertreter des Verständigungsgedankens. Diesem gab er wirkungsvollen Ausdruck in seinen Parlamentsreden und vor allem in der Antwortnote an den Papst. In der von ihm verfolgten Politik hatte er den Reichstag und die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich, das ihm sicherlich den gebührenden Zoll dankbarer Anerkennung nicht versagen wird. Es ist klar, daß an den Zielen dieser Politik durch das Scheiden Kühlmanns nichts geändert wird, wenn auch vielleicht andere Mittel und Wege versucht werden müssen, denn für den Kurs unserer inneren wie äußeren Politik ist der Reichskanzler maßgebend, und Graf Hertling bleibt im Amte.

Ohne Unruhe und Besorgnis kann daher das deutsche Volk dem Wechsel im Auswärtigen Amte entgegensehen.“

Beratungen der Parteien.

Berlin, 10. Juli. In einer in die Vollsitzung eingeschobenen zweistündigen Mittagspause vereinigten sich die Parteien der Mehrheit des Reichstages zu interfraktioneller Beratung.

Die jetzt geschaffene Lage stellt sich etwa folgendermaßen dar: Der Rücktritt des Staatssekretärs findet bei den Parteien des Reichstages eine zwiespältige Aufnahme. Während ein Teil der Parteien in dem vollzogenen Rücktritt eine Klärung der Lage sieht, stehen vor allem die Sozialdemokraten auf dem Standpunkte, daß der Rücktritt Kühlmanns im Zusammenhange mit der nunmehr als sicher geltenden Nachfolgerschaft des Herrn von Hintze das Uebergewicht militärischen Einflusses dokumentiere.

* * *

Das „Berliner Tageblatt“ und andere Blätter wollen wissen, daß Graf Hertling in einem Telegramm aus dem Großen Hauptquartier den Vizekanzler v. Payer von der Absicht, Admiral von Hintze an die Spitze des Auswärtigen Amts zu stellen, Mitteilung gemacht habe, mit der Bemerkung, sein (Hertlings) Verbleiben im Reichskanzleramt biete volle Sicherheit für die Beibehaltung des jetzigen Regierungskurses und nach einer Rücksprache mit Herrn v. Hintze habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß auch dieser die bisherige Politik vertreten werde.

Der „Lokalanzeiger“ meint, die Lage habe sich im Reichstage so weit geklärt, daß von einer Krise kaum gesprochen werden könne. Man erwarte lediglich, daß die Reichsleitung jetzt, da ein neuer Mann, über dessen Grundsätze man genau unterrichtet sei, in sie eintritt, dem Parlament eine nochmalige Darlegung ihrer Auffassung von den Kriegs- und Friedensfragen geben werde. Der Hauptausschuß werde heute vormittag eine ganze Reihe von Fragen, darunter auch militärische, erörtern. Es gelte als wahrscheinlich, daß schon in dieser Sitzung die vorliegende Frage zur Sprache kommt, zu der vorläufig Herr von Payer das Wort ergreifen dürfte. Die Minderheitsparteien wünschten auch, daß der Kanzler, der noch im Großen Hauptquartier sei, sich selbst zur Sache äußere und es verlautete gestern, wenn auch nicht offiziell bestätigt, daß Graf Hertling am Freitag im Hauptausschuß das Wort ergreifen werde.

Der Nachfolger.

Der mutmaßliche Nachfolger Kühlmanns, Herr von Hintze, ist bürgerlicher Herkunft. Er ist 1868 in Schwedt a. O. als Sohn eines Kaufmanns geboren und trat im April 1882 als Seekadett in die Kaiserliche Marine ein. Im Sommer 1903 erfolgte seine Ernennung zum Marine-Attache für die skandinavischen Staaten mit dem Sitz in Petersburg. Im Frühjahr 1906 wurde er zum Flügeladjutanten des Kaisers ernannt, zwei Jahre später erhielt er den erblichen Adel. Im Sommer 1908 wurde er Militärbevollmächtigter am kaiserlich russischen Hof. Im Frühjahr 1911 trat er unter Verleihung des Charakters als Konteradmiral ins Auswärtige Amt ein. Im Mai 1911 wurde er als Gesandter nach Mexiko geschickt. Nach Kriegsausbruch erhielt er den Auftrag, die deutsche Vertretung in Peking zu übernehmen. Nach Abbruch der Beziehungen mit China kehrte er über Amerika nach Holland und Deutschland zurück. Im Juni 1917 ging Herr von Hintze als Nachfolger von Dr. Michaelis nach Christiania.

* * *

Druck in Albanien.

Wien, 9. Juli. (Amtlich.)

An der italienischen Front keine besonderen Ereignisse.

In Albanien dauert der Druck, der über die Vojusa vorbrechenden feindlichen Kräfte nachhaltig an. Südwestlich von Berat kam es zu Gefechten. Im Zusammenhang mit diesen Kampfhandlungen erzielten die [illegible]

Steuer-Beratungen im Reichstage.

Deutscher Reichstag.

137. Sitzung. Dienstag, 9. Juli, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische v. Payer, Graf Roedern.

Kleine Anfragen.

Abg. Dr. Arendt (D. Fr.) erhebt Einspruch gegen die Erlasse einiger Generalkommandos, wonach Mietskündigungen und Mietssteigerungen verboten sein sollen.

General v. Wrisberg: Die betreffenden Verordnungen sind auf Antrag und im Einvernehmen mit den Zivilbehörden getroffen worden, um zu verhindern, daß die Wohnungsnot eine schwere Beunruhigung über die Bevölkerung hervorruft. Diese Verordnungen sind nur eine Ergänzung der bereits bestehenden Bundesratsverordnungen.

Abg. v. Brockhausen (kons.) verlangt Schutzpflege für die Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter.

Ministerialdirektor Müller sagt möglichste Berücksichtigung dieses Wunsches zu.

Abg. Heckscher (Vpt.) fordert Erhöhung der täglichen Verpflegungsgelder für Urlauber, die jetzt nur 2 Mark in der Heimat erhalten.

Generalleutnant v. Oven: Ueber eine Erhöhung der Verpflegungsgelder sind Erwägungen im Gange. Die Erhebungen sind bereits abgeschlossen. Eine Entscheidung ist in nächster Zeit zu erwarten.

Abg. Dr. Stubmann (natl.) fordert den Reichskanzler auf, in bundesfreundlichem Sinne darauf hinzuwirken, daß die Ordnung der Thronfolgefrage in Mecklenburg-Strelitz im Uebereinstimmung mit dem modernen Rechtsempfinden und nicht lediglich nach dynastischen Gesichtspunkten erfolgt, und daß trotz der Tatsache, daß dem Lande immer noch eine dem Geist der Reichsverfassung entsprechende konstitutionelle Verfassung und Volksvertretung fehlt, die Neuordnung nur unter eingehender Feststellung und voller Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung des Landes vorgenommen wird.

Unterstaatssekretär Dr. Lewald: Die Thronfolgefrage ist ein Teil der Landesverfassungsrechte. Die Zweifel an der Gültigkeit der Regentschaft des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin entbehren jeder Begründung. Im übrigen sind die beiden großherzoglich mecklenburgischen Regierungen mit Ermittelungen beschäftigt, ob der als nächster Agnat geltende Herzog Karl Michael durch Verzicht seine Thronrechte verloren hat. Er hat als General im russischen Heer gegen Deutschland gekämpft. (Hört, hört!) Die Folgerungen hieraus werden gegebenenfalls zu ziehen sein. (Beifall.)

Abg. Vogtherr (U. Soz.) führt Beschwerde über ausnahmerechtliche Behandlung der Unabhängigen Sozialdemokratie in Stettin.

General v. Wrisberg: Mitgliederversammlungen sind allen politischen Parteien ausnahmslos gestattet, auch das Auftreten auswärtiger Redner in denselben. Verboten ist nur das Auftreten solcher Redner, deren Reden beunruhigend wirken. (Lachen b. d. U. Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vpt.) weist darauf hin, daß nach Nachrichten aus dem Felde immer noch Nichtenland als Tabak verteilt wird.

Generalleutnant v. Oven: Die Sendungen sind überall angehalten worden. Es ist aber möglich, daß noch Pakete zur Verteilung gekommen sind, ehe unser Erlaß durchgeführt wurde. Vorläufig wird nur noch reiner Tabak an die Truppen geliefert. (Beifall.)

Der neue Kriegskredit.

Es folgt der Nachtragsetat, in dem 15 Milliarden als Kriegskredit angefordert werden.

Abg. Ebert (Soz.): Meine Freunde haben das dringende Bedürfnis, Fragen, die mit der vorliegenden in engem Zusammenhang stehen, im Ausschuß einer näheren Prüfung zu unterwerfen. Ich beantrage daher die Verweisung in den Hauptausschuß.

Abg. Graf Westarp (kons.): Wir können dem Antrage nicht zustimmen, wir halten die Sache für geklärt.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): An und für sich liegt kein Anlaß vor, über die Kriegskredite erst noch im Ausschuß zu sprechen. Aber wenn eine große Partei Ausschußberatung wünscht, so war es immer Brauch, dieser Anregung nachzugeben. Aus diesem Grunde widerspreche ich dem Antrage nicht.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Fortschr. Vp.): Ich schließe mich dem vollständig an.

Die Kriegskreditvorlage wird darauf dem Hauptausschuß überwiesen.

Die Steuervorlagen.

Die ausgesetzten Abstimmungen über die Biersteuer ergeben die Bestätigung der Ausschußbeschlüsse.

Hierauf tritt das Haus in die zweite Beratung der Steuervorlagen, von denen heute sieben nebst den schriftlichen Berichten des Ausschusses für Getränkesteuern und des Haushaltsausschusses auf der Tagesordnung stehen. Die Spezialberatung beginnt mit dem Entwurf eines Biersteuergesetzes und eines Gesetzes über den Bierzoll. Referent ist der Abg. Siehr-Insterburg (Fortschr. Vpt.). In § 5 werden Strafsteuersätze vorgesehen für neue Brauereien, die nach dem 1. April 1918 in Betrieb genommen werden. Auf neue Brauereien, die von Gastwirtschaften auf genossenschaftlicher Grundlage errichtet werden, soll diese Vorschrift keine Anwendung finden.

Die Abgg. Arnstadt (dtsch.-kons.), Dr. Herwig (natl.), Kiel (Fortschr. Vpt.) und Richter (Ztr.) beantragen diese Annahme zu streichen.

Abg. Kaempfer (Soz.): Das Bier sollte geschont werden, es ist der beste Bundesgenosse im Kampfe gegen den Schnaps. Die heutige Struktur im Brauereigewerbe weist auf einen dauernden Rückgang hin, und diese Steuer bedeutet den Todesstoß für viele Brauereien und somit viele Gastwirtsexistenzen. Eine weitere Folge wird ein großer Zulauf zu den Abstinenten sein, ein großer anderer Teil der Bevölkerung wird sich aber das nötige Geld abknapsen von den sonstigen notwendigen Lebensbedürfnissen. Damit ist ein Niedergang des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu erwarten.

Der Absatz 2 des § 5 wird gestrichen. —

Bei § 63 beantragt Abg. Fuchs (Soz.) Beseitigung der Gemeindebiersteuer.

Der Antrag wird abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird angenommen; ebenso das Gesetz über Bierzoll und der Vorschlag des Ausschusses auf Annahme eines Gesetzentwurfes betr. Biersteuer-Ausgleichungsbeträge. — Hier folgte eine Mittagspause.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um ½1 Uhr werden die Steuersätze (§ 3) in der Fassung der Kommission unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Abänderungsantrags angenommen.

Es folgt

die zweite Beratung des Weinsteuergesetzes,

das Wein, Traubenmost und dem Wein ähnliche Getränke, wenn sie zum Verbrauch im Inland bestimmt sind, einer Steuer von 20% des steuerpflichtigen Wertes unterwirft.

Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.): Die vorgeschlagene Steuer bedeutet die Vernichtung zahlreicher kleiner und mittlerer Existenzen. In Süd- und Mitteldeutschland ist der Wein Volksgetränk, bei Einführung einer solchen Steuer, wie der hier vorgeschlagenen, wird er aber auch nur noch das Getränk der besitzenden Klassen sein können. Hundert Millionen soll die Weinsteuer bringen; dies Ziel würde mit einer Steuer von 10% bereits, nicht mit der doppelten zu erreichen sein.

Abg. Kopsch (Vpt.): Trotz der schweren Wirkungen für die Winzer wird die Mehrheit meiner Freunde unter dem Druck der finanziellen Not des Reiches für die künftige Weinsteuer stimmen.

Abg. Dr. Haas (Ztr.): Im Interesse der kleinen Winzer, die durch die vorgeschlagene Steuer ihre Existenz verlieren müssen, lehnen wir diese Steuer ab.

Schatzsekretär Graf Rödern erklärt, daß die Regierung mit der Bestimmung der Kommission, nach dem Kriege die Weinsteuer auf Verlangen des Reichstages herabzusetzen, einverstanden ist.

Abg. Ruhell (Soz.): Der von der Weinsteuer gewünschte Betrag von 100 Millionen wird bei 10 Prozent Steuer sich ergeben. Diesen die Winzer und Konsumenten schwer belastende Gesetz lehnen wir ab. (Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. Feuerstein (soz.) begründet einen Antrag, die Weine bis zum Werte von 4 Mk. steuerfrei zu lassen. Diese Anregung der billigen Weine sei im Interesse der kleinen Winzer, auf die die Steuer tatsächlich abgewälzt werde, unbedingt notwendig. Hätte man einen prozentualen Wertsteuersatz gewählt, so brauchte man die ganze Weinsteuer nicht. (Zustimmung b. d. Soz.)

Unter Ablehnung der gestellten Abänderungsanträge wird § 1 (die Steuer in Höhe von 10%) angenommen, desgleichen die übrigen Paragraphen. Beim § 10 bittet

Abg. Feuerstein (Soz.) um eine Erklärung vom Regierungstisch, daß die Konsumvereine und ihre Mitglieder unter diese Bestimmung fallen.

Ministerialdirektor Meurer gibt eine bejahende Erklärung ab. § 48 setzt die Sätze bei Einführung von Wein fest.

Abg. Müller-Meiningen (Soz.) bekämpft diese Sätze, die eine durchschnittliche Belastung von 133 Prozent, für die billigen Sorten eine Belastung von 200 bis 300 Prozent darstellen. Die Annahme dieser Vorlage würde gerade einer Erklärung des Mittelstandes gegen Spanien gleichkommen. Ausländische Weine würden nach Annahme des Gesetzes nur noch Kriegsgewinnler zu genießen in der Lage sein.

Das Gesetz wird mit unwesentlichen Aenderungen in der von der Kommission beschlossenen Fassung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Schaumweinsteuergesetzes.

Die Steuer für Schaumwein und schaumweinähnliche Getränke soll 3 Mk. für die Flasche betragen, für Schaumweine aus Fruchtwein 0,60 Mark. Das Gesetz wird nach unwesentlicher Debatte angenommen.

Besteuerung der Mineralwasser.

Die Kommission hat die Steuer festgesetzt bei Mineralwässern auf 0,005, bei Limonaden auf 0,15 Mk., bei konzentrierten Kunstlimonaden auf 1,50 Mk., bei Grundstoffen zur Herstellung von konzentrierten Kunstlimonaden auf 30 Mk. pro Liter. Die Freiheit des Verbrauchs im eigenen Haushalt ist auf 4 vorgesehen. Die Zölle auf Kaffee und Tee sind entsprechend den Vorschlägen der Regierung erhöht worden, die Zölle auf Kakao und Schokolade dagegen nicht. Das Gesetz soll am 1. August in Kraft treten.

Abg. Huck (Sozialdemokrat): Nach dem Bier und Wein sollen nun auch die harmlosen Mineralwässer besteuert werden, die bei Ausflügen und im starken Maße in den Großbetrieben konsumiert werden, wo die Arbeiter bei schwerer Arbeit diese unschädliche Erfrischung brauchen. Gegen den Versuch, diese Getränke, die bisher steuerfrei waren, auch durch Steuern und zwar sehr erheblich zu verteuern, erheben wir nachdrücklich Einspruch. Das Gleichgewicht im Reichshaushalt wünschen auch wir herzustellen, dies Ziel wollen wir aber auf anderem Wege erreichen. Wenn nach dem Kriege wieder ein gutes Bier hergestellt werden wird, wird der Existenzkampf der Mineralwasserbetriebe durch die Steuer noch schwieriger werden. Wir müssen daher diese Steuer ablehnen. Daß die Kommission einsichtig genug war, die Zölle auf

Schokolade und Kakao

nicht zu erhöhen, freut uns, wir bedauern aber, daß sie bei Tee und Kaffee nicht ebenso einsichtig gewesen ist. Wir haben wahrlich genug von den Kaffeesurrogaten und sehnen uns nach einer Tasse wirklichen guten Kaffee und sollen seine Einfuhr nicht erschweren. Wir lehnen daher das Gesetz ab. Wir haben weiter eine Resolution beantragt und bitten um deren Annahme, wonach wenigstens nach den besetzten Gebieten die Mineralwässer steuerfrei ausgeführt werden sollen, damit unsere dort stehenden Truppen diese Getränke weiterhin billig erhalten. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Vp.) tritt ein für Herabsetzung der Steuer auf Limonaden und andere ähnlich bereitete Getränke, wenn man diese besteuert, darf man die natürlichen Fruchtsäfte nicht treffen, oder man gibt ihren Produzenten eine Liebesgabe. Man sollte bei diesem Gesetz nicht eine neue agrarische Liebesgabe schaffen.

Abg. Ruhell (Soz.) bekämpft die vorgeschlagenen Steuern im Interesse der breiten Volksmassen. Eine solche Steuermacherei machen wir nicht mit. (Beifall bei den U. Soz.)

§ 1 des Gesetzes wird angenommen.

Bei § 2 beantragte Abg. Dr. Neumann-Hofer (Vpt.) einen Antrag, die vorgesehenen Steuersätze zu ermäßigen und zwar bei Mineralwasser auf 0,05 Mark, bei Limonaden auf 1,10 Mark, bei konzentrierten Kunstlimonaden auf 1 Mark, bei Grundstoffen zu ihrer Herstellung auf 20 Mark.

Dieser Antrag wird im Hammelsprung mit 142 gegen 118 Stimmen angenommen, der Rest des Gesetzes in der Fassung der Kommission mit der Aenderung, daß es statt am 1. August mit dem Tage der Verkündung in Kraft tritt.

Die Erhöhung der

Post- und Telegraphengebühren.

Abg. Taubadel (Soz.): Wir müssen gegen die geplante Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren schärfsten Einspruch erheben. Sie wird auch sicherlich nicht den erhofften Ertrag liefern, wie bereits die letzte Erhöhung gezeigt hat. Der finanzielle Ertrag der Post wird nach dem Kriege, wenn die Portofreiheit der Feldbriefe aufhört, wieder besser werden. Schon längst hätte die Post sich eine neue Einnahmequelle erschließen können, wenn sie die Portofreiheit der Landesfürsten beseitigt hätte. Mindestens jetzt hätte ein Gesetz vorgelegt werden müssen, das mit dieser Portofreiheit, mit der jetzt Mißbrauch getrieben wird, aufräumt. Die bisher Zusage, daß die Landesfürsten auf das Privileg verzichten werden, genügt nicht. Nicht einmal die Postkarte im Orts- und Nachbarortsverkehr will die Mehrheit freilassen. Wir müssen für die Verantwortung für dieses unseren Handel und unser Wirtschaftsleben schwer schädigende Gesetz überlassen, wir lehnen es ab. (Pfui! b. d. Soz.)

Abg. Vogtherr (U. Soz.) bekämpft die Vorlage, die die Erweiterung der Post aus einem Verkehrsinstitut zu einem fiskalischen fördert.

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags, die Beseitigung der Portofreiheit der Landesfürsten in das Gesetz aufzunehmen, wird das Gesetz angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr (Fortsetzung der Steuergesetze).

Schluß 7½ Uhr.

Eine königliche Hofschauspielerin.

Roman von Ludwig Wendler.

(Nachdr. verb.)

Nur ein Veilchen wollte sie ihr, mit allem, was vorging, eng verkannt, zu der Unterhaltung mit Herrn Kapellmeister Rohaschek noch Zeit geben. Deshalb trat sie an ein Wandschränkchen im Korridor, das sie öffnete, um eine Flasche nebst mittelgroßem Weinglas herauszunehmen.

Ein kurzer Wink, den sie verschmitzt lächelnd zu Strobel hinüberwarf, genügte, um diesen herbeizulocken und ihn die Hand willig nach dem aus der Flasche gefüllten Glase ausstrecken zu lassen.

„Eine neue Marke", erklärte Rosa dem zunächst wohlgefällig an der Flüssigkeit Riechenden. „Die Weinhandlung sandte sie erst gestern. Es muß was ganz Besonderes sein, denn —", die Sprecherin flüsterte das Folgende nur noch —, „vier Mark die Flasche, was sagen Sie!"

Strobel hatte genippt. Er schnalzte mit der Zunge. —

Dieser Mann, von dem Privatpersonal aller Hoftheatermitglieder natürlich Herr Strobel angeredet, war Theaterdiener und flickte den Ton einer in seinem Milieu nicht selten vorkommenden Erscheinung hat.

Schon ziemlich vorgeschritten in den Jahren, war er doch noch keineswegs ein verbrauchter Mann. Das bißchen Reißen, das sich bei umschlagender Witterung in seinen unteren Extremitäten bemerkbar machte, hinderte ihn trotzdem nicht daran, im Notfall noch immer wie ein Wiesel zu laufen.

Im Dienst galt er als vorbildlich. Alle Vorstände ohne Ausnahme schenkten ihm ihr Vertrauen, und er hatte dadurch in dem Ruf, der Alleswisser des Theaters zu sein.

Als solcher bildete er denn auch den Gegenstand einer Neugierde von seiten des Personals, die sie selbst mit sich nach dem Grabe zu nehmen gedachte, dessen Geheimnis nur Strobel kannte, unter er seit fünfundzwanzig Jahren war, gezollt wurde.

Die immerwährende Bewegung, in der ein Theaterdiener sich befindet, hatte Strobel davor bewahrt, stark zu werden, versetzte ihn aber auch zugleich in die fatale Lage, immer durstig zu sein. Stets hing ihm der Rest eines Schnupfens in Gestalt eines winzigen Tröpfchens an der Nase, deren rötlichen Glanz der Besitzer teils durch Dünkerquer Schnupftabak, teils durch Spirituosen pflegte, eine Maßregel, in der er von allen Mitgliedern des Verbandes freundlichst unterstützt wurde.

Bei jedem hatte der Diener hin und wieder persönlich zu tun und bei jedem stand denn auch irgend eine Flasche in irgend einem Winkelchen für ihn bereit. Ob der Inhalt Wein, Bier oder Likör hieß, galt ihm gleich, denn er trank ja nicht aus Leidenschaft, sondern — weil er Durst hatte.

Während Rosa ihn noch durch mehrmaliges Wiedereinschenken in der Nähe des erwähnten Schränkchens gefesselt hielt, wurde sie durch das Anschlagen der Glocke an die Eingangstür zur Wohnung gerufen.

Ein Bote war da mit einer Depesche, zugleich aber auch noch jemand, denn das Mädchen verhandelte, gefragt und Antwort gebend, mit einer volltönenden Männerstimme, deren Besitzer aber bemüht schien, sie möglichst zu dämpfen. Man hörte wohl das Organ anklingen, von den gesprochenen Worten blieb aber alles nur Rosa verständlich.

Diese schloß, nachdem sich der Fragende draußen kurz und rasch empfohlen hatte, die Entreetür wieder, dann eilte sie, um ihrer Gebieterin die Depesche zu geben.

Sie traf sie im eifrigen Gespräch mit Rohaschek, selbst im Schaukelstuhl sitzend, während der Kapellmeister, die Hände auf dem Rücken verschränkt, unruhig im Zimmer auf und ab spazierte, um dann schließlich, mit dem Gesicht gegen die Scheiben gewendet, am Fenster stehenzubleiben.

„Ein Telegramm, Fräulein Daniela."

Die Angeredete nahm und öffnete es. „Ein Glückwunsch meiner Mutter", sagte sie. „Ich muß aber ablehnen, da ich hier beschäftigt bin. Wer war sonst noch draußen, Rosa? Du sprachst mit jemand."

„Mit Herrn Doktor Ritterhaus, Fräulein Daniela. Er wurde ja eigentlich auch erwartet —"

„Gewiß."

„— lehnte aber ab, näherzutreten, als er hörte, daß —"

„Nun?"

„— daß noch weiterer Besuch da sei."

„Den Du ihm nanntest?"

„Allerdings."

„Fürchtet sich etwa der Herr Doktor vor mir?" lachte mit einiger Ironie, den Kopf ins Zimmer zurückwendend, Rohaschek.

„Wenn auch das wohl kaum, Hans, aber seine und Ihre Interessen liegen so schnurstracks auseinander —"

„Und gegenseitige Sympathie fehlt gänzlich —"

„Leider, zu meinem Kummer. Und der Doktor ist doch ein so prächtiger Mensch —"

„Sehr gut — der Doktor!"

„Wenn Sie sich beide die Mühe nähmen, einander zu verstehen —"

„Mag der Herr Doktor nur den Anfang machen. Sie sehen ja, wie er mir ausweicht. Da kann ich ihn doch nicht suchen, Daniela."

Rosa war inzwischen dicht an ihre Herrin herangetreten. „Strobel, Fräulein Daniela", meldete sie. „Er wartet draußen, ist nicht abzuweisen."

„Strobel?"

„Er behauptet, Sie dringend selber sprechen zu müssen, um gleich Bescheid zu haben."

„Dann herein nur", befahl Daniela zum offenbaren Verdruß des Kapellmeisters, der etwas von unerhörter Dreistigkeit vernehmen ließ. Sein Aerger, sich schon wieder in seinem Allensein mit Daniela gestört zu sehen, lag offenbar zutage. Diese verwünschte Depesche, der freche Kerl, der Strobel, dieser fatalste aller Doktor und — daß sie auch nach allem fragen mußte! — Wie unzählige Male suchte sich sie ganz unwillkürlich damit

---

Steuer-Beratungen im Reichstage.

Deutscher Reichstag.

137. Sitzung. Dienstag, 9. Juli, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische v. Payer, Graf Roedern.

Kleine Anfragen.

Abg. Dr. Arendt (D. Fr.) erhebt Einspruch gegen die Erlasse einiger Generalkommandos, wonach Mietskündigungen und Mietssteigerungen verboten sein sollen.

General v. Wrisberg: Die betreffenden Verordnungen sind auf Antrag und im Einvernehmen mit den Zivilbehörden getroffen worden, um zu verhindern, daß die Wohnungsnot eine schwere Beunruhigung über die Bevölkerung hervorruft. Diese Verordnungen sind nur eine Ergänzung der bereits bestehenden Bundesratsverordnungen.

Abg. v. Brockhausen (kons.) verlangt Schutzpflege für die Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter.

Ministerialdirektor Müller sagt möglichste Berücksichtigung dieses Wunsches zu.

Abg. Heckscher (Vpt.) fordert Erhöhung der täglichen Verpflegungsgelder für Urlauber, die jetzt nur 2 Mark in der Heimat erhalten.

Generalleutnant v. Oven: Ueber eine Erhöhung der Verpflegungsgelder sind Erwägungen im Gange. Die Erhebungen sind bereits abgeschlossen. Eine Entscheidung ist in nächster Zeit zu erwarten.

Abg. Dr. Stubmann (natl.) fordert den Reichskanzler auf, in bundesfreundlichem Sinne darauf hinzuwirken, daß die Ordnung der Thronfolgefrage in Mecklenburg-Strelitz im Uebereinstimmung mit dem modernen Rechtsempfinden und nicht lediglich nach dynastischen Gesichtspunkten erfolgt, und daß trotz der Tatsache, daß dem Lande immer noch eine dem Geist der Reichsverfassung entsprechende konstitutionelle Verfassung und Volksvertretung fehlt, die Neuordnung nur unter eingehender Feststellung und voller Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung des Landes vorgenommen wird.

Unterstaatssekretär Dr. Lewald: Die Thronfolgefrage ist ein Teil der Landesverfassungsrechte. Die Zweifel an der Gültigkeit der Regentschaft des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin entbehren jeder Begründung. Im übrigen sind die beiden großherzoglich mecklenburgischen Regierungen mit Ermittelungen beschäftigt, ob der als nächster Agnat geltende Herzog Karl Michael durch Verzicht seine Thronrechte verloren hat. Er hat als General im russischen Heer gegen Deutschland gekämpft. (Hört, hört!) Die Folgerungen hieraus werden gegebenenfalls zu ziehen sein. (Beifall.)

Abg. Vogtherr (U. Soz.) führt Beschwerde über ausnahmerechtliche Behandlung der Unabhängigen Sozialdemokratie in Stettin.

General v. Wrisberg: Mitgliederversammlungen sind allen politischen Parteien ausnahmslos gestattet, auch das Auftreten auswärtiger Redner in denselben. Verboten ist nur das Auftreten solcher Redner, deren Reden beunruhigend wirken. (Lachen b. d. U. Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vpt.) weist darauf hin, daß nach Nachrichten aus dem Felde immer noch Nichtenland als Tabak verteilt wird.

Generalleutnant v. Oven: Die Sendungen sind überall angehalten worden. Es ist aber möglich, daß noch Pakete zur Verteilung gekommen sind, ehe unser Erlaß durchgeführt wurde. Vorläufig wird nur noch reiner Tabak an die Truppen geliefert. (Beifall.)

Der neue Kriegskredit.

Es folgt der Nachtragsetat, in dem 15 Milliarden als Kriegskredit angefordert werden.

Abg. Ebert (Soz.): Meine Freunde haben das dringende Bedürfnis, Fragen, die mit der vorliegenden in engem Zusammenhang stehen, im Ausschuß einer näheren Prüfung zu unterwerfen. Ich beantrage daher die Verweisung in den Hauptausschuß.

Abg. Graf Westarp (kons.): Wir können dem Antrage nicht zustimmen, wir halten die Sache für geklärt.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): An und für sich liegt kein Anlaß vor, über die Kriegskredite erst noch im Ausschuß zu sprechen. Aber wenn eine große Partei Ausschußberatung wünscht, so war es immer Brauch, dieser Anregung nachzugeben. Aus diesem Grunde widerspreche ich dem Antrage nicht.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Fortschr. Vp.): Ich schließe mich dem vollständig an.

Die Kriegskreditvorlage wird darauf dem Hauptausschuß überwiesen.

Die Steuervorlagen.

Die ausgesetzten Abstimmungen über die Biersteuer ergeben die Bestätigung der Ausschußbeschlüsse.

Hierauf tritt das Haus in die zweite Beratung der Steuervorlagen, von denen heute sieben nebst den schriftlichen Berichten des Ausschusses für Getränkesteuern und des Haushaltsausschusses auf der Tagesordnung stehen. Die Spezialberatung beginnt mit dem Entwurf eines Biersteuergesetzes und eines Gesetzes über den Bierzoll. Referent ist der Abg. Siehr-Insterburg (Fortschr. Vpt.). In § 5 werden Strafsteuersätze vorgesehen für neue Brauereien, die nach dem 1. April 1918 in Betrieb genommen werden. Auf neue Brauereien, die von Gastwirtschaften auf genossenschaftlicher Grundlage errichtet werden, soll diese Vorschrift keine Anwendung finden.

Die Abgg. Arnstadt (dtsch.-kons.), Dr. Herwig (natl.), Kiel (Fortschr. Vpt.) und Richter (Ztr.) beantragen diese Annahme zu streichen.

Abg. Kaempfer (Soz.): Das Bier sollte geschont werden, es ist der beste Bundesgenosse im Kampfe gegen den Schnaps. Die heutige Struktur im Brauereigewerbe weist auf einen dauernden Rückgang hin, und diese Steuer bedeutet den Todesstoß für viele Brauereien und somit viele Gastwirtsexistenzen. Eine weitere Folge wird ein großer Zulauf zu den Abstinenten sein, ein großer anderer Teil der Bevölkerung wird sich aber das nötige Geld abknapsen von den sonstigen notwendigen Lebensbedürfnissen. Damit ist ein Niedergang des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu erwarten.

Der Absatz 2 des § 5 wird gestrichen. —

Bei § 63 beantragt Abg. Fuchs (Soz.) Beseitigung der Gemeindebiersteuer.

Der Antrag wird abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird angenommen; ebenso das Gesetz über Bierzoll und der Vorschlag des Ausschusses auf Annahme eines Gesetzentwurfes betr. Biersteuer-Ausgleichungsbeträge. — Hier folgte eine Mittagspause.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um ½1 Uhr werden die Steuersätze (§ 3) in der Fassung der Kommission unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Abänderungsantrags angenommen.

Es folgt

die zweite Beratung des Weinsteuergesetzes,

das Wein, Traubenmost und dem Wein ähnliche Getränke, wenn sie zum Verbrauch im Inland bestimmt sind, einer Steuer von 20% des steuerpflichtigen Wertes unterwirft.

Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.): Die vorgeschlagene Steuer bedeutet die Vernichtung zahlreicher kleiner und mittlerer Existenzen. In Süd- und Mitteldeutschland ist der Wein Volksgetränk, bei Einführung einer solchen Steuer, wie der hier vorgeschlagenen, wird er aber auch nur noch das Getränk der besitzenden Klassen sein können. Hundert Millionen soll die Weinsteuer bringen; dies Ziel würde mit einer Steuer von 10% bereits, nicht mit der doppelten zu erreichen sein.

Abg. Kopsch (Vpt.): Trotz der schweren Wirkungen für die Winzer wird die Mehrheit meiner Freunde unter dem Druck der finanziellen Not des Reiches für die künftige Weinsteuer stimmen.

Abg. Dr. Haas (Ztr.): Im Interesse der kleinen Winzer, die durch die vorgeschlagene Steuer ihre Existenz verlieren müssen, lehnen wir diese Steuer ab.

Schatzsekretär Graf Rödern erklärt, daß die Regierung mit der Bestimmung der Kommission, nach dem Kriege die Weinsteuer auf Verlangen des Reichstages herabzusetzen, einverstanden ist.

Abg. Ruhell (Soz.): Der von der Weinsteuer gewünschte Betrag von 100 Millionen wird bei 10 Prozent Steuer sich ergeben. Diesen die Winzer und Konsumenten schwer belastende Gesetz lehnen wir ab. (Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. Feuerstein (soz.) begründet einen Antrag, die Weine bis zum Werte von 4 Mk. steuerfrei zu lassen. Diese Anregung der billigen Weine sei im Interesse der kleinen Winzer, auf die die Steuer tatsächlich abgewälzt werde, unbedingt notwendig. Hätte man einen prozentualen Wertsteuersatz gewählt, so brauchte man die ganze Weinsteuer nicht. (Zustimmung b. d. Soz.)

Unter Ablehnung der gestellten Abänderungsanträge wird § 1 (die Steuer in Höhe von 10%) angenommen, desgleichen die übrigen Paragraphen. Beim § 10 bittet

Abg. Feuerstein (Soz.) um eine Erklärung vom Regierungstisch, daß die Konsumvereine und ihre Mitglieder unter diese Bestimmung fallen.

Ministerialdirektor Meurer gibt eine bejahende Erklärung ab. § 48 setzt die Sätze bei Einführung von Wein fest.

Abg. Müller-Meiningen (Soz.) bekämpft diese Sätze, die eine durchschnittliche Belastung von 133 Prozent, für die billigen Sorten eine Belastung von 200 bis 300 Prozent darstellen. Die Annahme dieser Vorlage würde gerade einer Erklärung des Mittelstandes gegen Spanien gleichkommen. Ausländische Weine würden nach Annahme des Gesetzes nur noch Kriegsgewinnler zu genießen in der Lage sein.

Das Gesetz wird mit unwesentlichen Aenderungen in der von der Kommission beschlossenen Fassung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Schaumweinsteuergesetzes.

Die Steuer für Schaumwein und schaumweinähnliche Getränke soll 3 Mk. für die Flasche betragen, für Schaumweine aus Fruchtwein 0,60 Mark. Das Gesetz wird nach unwesentlicher Debatte angenommen.

Besteuerung der Mineralwasser.

Die Kommission hat die Steuer festgesetzt bei Mineralwässern auf 0,005, bei Limonaden auf 0,15 Mk., bei konzentrierten Kunstlimonaden auf 1,50 Mk., bei Grundstoffen zur Herstellung von konzentrierten Kunstlimonaden auf 30 Mk. pro Liter. Die Freiheit des Verbrauchs im eigenen Haushalt ist auf 4 vorgesehen. Die Zölle auf Kaffee und Tee sind entsprechend den Vorschlägen der Regierung erhöht worden, die Zölle auf Kakao und Schokolade dagegen nicht. Das Gesetz soll am 1. August in Kraft treten.

Abg. Huck (Sozialdemokrat): Nach dem Bier und Wein sollen nun auch die harmlosen Mineralwässer besteuert werden, die bei Ausflügen und im starken Maße in den Großbetrieben konsumiert werden, wo die Arbeiter bei schwerer Arbeit diese unschädliche Erfrischung brauchen. Gegen den Versuch, diese Getränke, die bisher steuerfrei waren, auch durch Steuern und zwar sehr erheblich zu verteuern, erheben wir nachdrücklich Einspruch. Das Gleichgewicht im Reichshaushalt wünschen auch wir herzustellen, dies Ziel wollen wir aber auf anderem Wege erreichen. Wenn nach dem Kriege wieder ein gutes Bier hergestellt werden wird, wird der Existenzkampf der Mineralwasserbetriebe durch die Steuer noch schwieriger werden. Wir müssen daher diese Steuer ablehnen. Daß die Kommission einsichtig genug war, die Zölle auf

Schokolade und Kakao

nicht zu erhöhen, freut uns, wir bedauern aber, daß sie bei Tee und Kaffee nicht ebenso einsichtig gewesen ist. Wir haben wahrlich genug von den Kaffeesurrogaten und sehnen uns nach einer Tasse wirklichen guten Kaffee und sollen seine Einfuhr nicht erschweren. Wir lehnen daher das Gesetz ab. Wir haben weiter eine Resolution beantragt und bitten um deren Annahme, wonach wenigstens nach den besetzten Gebieten die Mineralwässer steuerfrei ausgeführt werden sollen, damit unsere dort stehenden Truppen diese Getränke weiterhin billig erhalten. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Vp.) tritt ein für Herabsetzung der Steuer auf Limonaden und andere ähnlich bereitete Getränke, wenn man diese besteuert, darf man die natürlichen Fruchtsäfte nicht treffen, oder man gibt ihren Produzenten eine Liebesgabe. Man sollte bei diesem Gesetz nicht eine neue agrarische Liebesgabe schaffen.

Abg. Ruhell (Soz.) bekämpft die vorgeschlagenen Steuern im Interesse der breiten Volksmassen. Eine solche Steuermacherei machen wir nicht mit. (Beifall bei den U. Soz.)

§ 1 des Gesetzes wird angenommen.

Bei § 2 beantragte Abg. Dr. Neumann-Hofer (Vpt.) einen Antrag, die vorgesehenen Steuersätze zu ermäßigen und zwar bei Mineralwasser auf 0,05 Mark, bei Limonaden auf 1,10 Mark, bei konzentrierten Kunstlimonaden auf 1 Mark, bei Grundstoffen zu ihrer Herstellung auf 20 Mark.

Dieser Antrag wird im Hammelsprung mit 142 gegen 118 Stimmen angenommen, der Rest des Gesetzes in der Fassung der Kommission mit der Aenderung, daß es statt am 1. August mit dem Tage der Verkündung in Kraft tritt.

Die Erhöhung der

Post- und Telegraphengebühren.

Abg. Taubadel (Soz.): Wir müssen gegen die geplante Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren schärfsten Einspruch erheben. Sie wird auch sicherlich nicht den erhofften Ertrag liefern, wie bereits die letzte Erhöhung gezeigt hat. Der finanzielle Ertrag der Post wird nach dem Kriege, wenn die Portofreiheit der Feldbriefe aufhört, wieder besser werden. Schon längst hätte die Post sich eine neue Einnahmequelle erschließen können, wenn sie die Portofreiheit der Landesfürsten beseitigt hätte. Mindestens jetzt hätte ein Gesetz vorgelegt werden müssen, das mit dieser Portofreiheit, mit der jetzt Mißbrauch getrieben wird, aufräumt. Die bisher Zusage, daß die Landesfürsten auf das Privileg verzichten werden, genügt nicht. Nicht einmal die Postkarte im Orts- und Nachbarortsverkehr will die Mehrheit freilassen. Wir müssen für die Verantwortung für dieses unseren Handel und unser Wirtschaftsleben schwer schädigende Gesetz überlassen, wir lehnen es ab. (Pfui! b. d. Soz.)

Abg. Vogtherr (U. Soz.) bekämpft die Vorlage, die die Erweiterung der Post aus einem Verkehrsinstitut zu einem fiskalischen fördert.

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags, die Beseitigung der Portofreiheit der Landesfürsten in das Gesetz aufzunehmen, wird das Gesetz angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr (Fortsetzung der Steuergesetze).

Schluß 7½ Uhr.

Eine königliche Hofschauspielerin.

Roman von Ludwig Wendler.

(Nachdr. verb.)

Nur ein Veilchen wollte sie ihr, mit allem, was vorging, eng verkannt, zu der Unterhaltung mit Herrn Kapellmeister Rohaschek noch Zeit geben. Deshalb trat sie an ein Wandschränkchen im Korridor, das sie öffnete, um eine Flasche nebst mittelgroßem Weinglas herauszunehmen.

Der Reichstag

erledigte gestern im Eiltempo eine ganze Reihe von Steuervorlagen, die Biersteuer, die Weinsteuer und die Steuer auf die Mineralwässer. Unsere Genossen versuchten vergebens, noch in letzter Stunde, diese schwere Belastung der breiten Massen abzuwehren, die steuerwillige Mehrheit stimmte alle Abänderungsanträge nieder. Zum Schluß wurde fast ohne Debatte auch die außerordentliche Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren beschlossen, wobei nicht einmal die Aufhebung der Portofreiheit der Landesfürsten in das Gesetz hineingebracht wurde. Die dahingehenden Anträge der Sozialdemokraten wurden niedergestimmt. Man verließ sich auf die im Ausschuß gegebene Zusage, die Fürsten würden auf das Privileg freiwillig verzichten.

Heute Mittwoch soll die Steuerbewilligung weitergehen.

Preußisches Herrenhaus.

34. Sitzung. Dienstag, 9. Juli.

Am Ministertisch: Friedberg, Helfft, v. Eisenhardt, v. Waldow.

Präsident Graf v. Arnim-Boitzenburg gedenkt bei Eröffnung der Sitzung des verstorbenen Sultans und des Grafen Mirbach, der einem russischen Mordanschlag zum Opfer gefallen ist.

Der Staatshaushalt

Die allgemeine Besprechung wird in folgende Gruppen geteilt: Große Politik und Ernährungsfragen, innere Politik und soziale Fragen, Handel und Verkehr.

Graf von Behr u. Behrenhof: Wir danken unserem Heere, ihrem obersten Kriegsherrn und ihren ruhmreichen Führern. Wir treten für einen Frieden ein, der der gebrachten Opfer wert ist, für die Sicherstellung unserer Zukunft auf erweiterter Basis. (Beifall.) Die Juli-Resolution hat den Mut der Feinde nur gestärkt. Ein guter Friede kommt allein durch unser gutes deutsches Schwert. Mein Vertrauen auf den erfolgreichen Ausgang des Krieges beruht darauf, daß der Kaiser, der allein das Recht hat, Frieden zu schließen, auf der Bahn, die Hindenburg und Ludendorff ihm schaffen, einen Frieden schließen wird, der unserer Zukunft dient. (Beifall.) Die Mehrheit hat nur Zwietracht in unser Volk gebracht. (Sehr richtig!) Weitere Parlamentarisierung wäre höchst bedrohlich. Nur eine starke Monarchie kann Preußen schützen und erhalten. Mit unserer Zwangswirtschaft sind wir kaum auf dem rechten Wege. Der Schleichhandel ist ein dunkler Fleck auf unserem reinen Schilde. Trotz alledem wird uns ein glorreicher Frieden beschert sein. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Oberbürgermeister Wilms-Posen: Eier, Gemüse und Obst sollte man nicht zwangsbewirtschaften, dann würden die Großstädte besser versorgt sein.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Gegenüber dem Grafen Behr glaubte ich, daß die Meinungsverschiedenheiten infolge einer Rede von Kühlmann beseitigt seien durch seine und des Ministerpräsidenten Erklärungen. Ich wiederhole, daß innerhalb der Reichs- und Staatsregierung gar keine Rede davon sein kann, daß die Siegeszuversicht irgendwie erschüttert sei. (Bravo!) Der Sieg ist uns gar nicht mehr zu entreißen. Wir sind die Sieger im Osten, werden es auch im Westen sein und sind auch überzeugt, daß nur unser deutsches Schwert uns diesen Sieg in nicht zu ferner Zeit erringen wird. (Lebh. Beif.) In Preußen hat man das Gefühl, daß das Reich sich etwas mehr als nötig, in die innerstaatlichen Verhältnisse einmische aber umgekehrt fühlen auch die Reichsämter sich sehr häufig dadurch gehemmt, daß sie in einer gewissen Abhängigkeit, einer notwendigen Notwendigkeit, vor der preußischen Staatsregierung stehen. Im Gegensatz zu früher hat [illegible] höhere Ausgaben als die Bundesstaaten, 12 Milliarden gegenüber von noch nicht 2,2 Milliarden. Daher muß sich auch die Steuerhoheit des Reiches weiter ausdehnen. Das darf natürlich nicht auf Kosten der Bundesstaaten geschehen, aber wir werden es nicht hindern können, daß diese oder jene Steuerquelle, die die Bundesstaaten bisher gehabt haben, auch vom Reiche in gewissem Maße in Anspruch genommen wird. Die Befürchtung, daß wir jetzt im Reich so auch in Preußen den Weg der Parlamentarisierung gehen könnten, halte ich nicht für zutreffend. Nur in Uebereinstimmung aller in Betracht kommenden Faktoren läßt sich in dieser schweren Zeit das Staatsschiff mit Erfolg steuern. Das hat den Ministerpräsidenten dazu geführt, Seiner Majestät gewisse Vorschläge zu unterbreiten, die aus eigener freier Entschließung dann von Seiner Majestät gutgeheißen worden sind. Wollen Sie das Parlamentarisierung nennen? Wir leben in einer Zeit, in der es darauf ankommt, alles zusammenzufassen, um einig und geschlossen im Innern zu sein. Das ist auch der Grundsatz der Regierung. Wenn wir uns mit gegenseitigem Vertrauen entgegenkommen, dann wird diese Einigkeit und Geschlossenheit erreicht werden zum Segen unseres Vaterlandes. (Beifall).

Fürst Salm-Horstmar: Der Ansturm der demokratischen Auffassung gegen die aristokratische findet ihre stärkste Stütze in der internationalen jüdischen Rasse. Ein Werkzeug zur Verwirklichung ihrer Ziele sind die internationalen Freimaurerorden.

Herzog von Trachenberg: Ich kann nur mein tiefes Bedauern darüber aussprechen, daß man hier das Trennende hervorgehoben hat. (Zustimmung). Wir brauchen den Siegeswillen und die Einigkeit unserer Krieger, die uns vor dem Einbruch der Feinde schützen, aber wir brauchen auch die Einigkeit im Innern. Die Worte des Vorredners haben die Einigkeit im Innern geschädigt.

Staatssekretär a. D. Dernburg: Die Ausführungen des Fürsten Salm-Horstmar müssen einen großen Teil des Volkes verbittern. Ohne die Mitarbeit der Diplomatie in der Friede nicht in die Scheune zu bringen. Wenn Preußen eine führende Stellung behalten will, muß es dauernd moralische Eroberungen machen. (Widerspruch.) Ich bin mir einigermaßen im Zweifel, ob ihm das gelungen ist. Wenn das Wahlrecht zur Unzeit gekommen ist, dann ist es eben schon zu spät gekommen.

Graf York von Wartenberg: Wir tun gut, auf moralische Eroberungen zu verzichten. Die starke Beteiligung der Staatssekretäre am preußischen Staatsministerium ist unerwünscht. Wir brauchen eine ausgiebige Kriegsentschädigung.

Vizepräsident des Staats-Ministeriums Dr. Friedberg: Gegenwärtig haben nur zwei Staatssekretäre in Preußen Sitz und Stimme, früher waren es mehr. Es ist mithin eine Einschränkung eingetreten. Der Reichsschatzsekretär und der Staatssekretär des Innern müssen mit ihren preußischen Kollegen zusammenarbeiten, sonst würden manche Unzuträglichkeiten entstehen.

Oberbürgermeister Mithaff-Bromberg fordert Besserstellung der Staatsbeamten.

Kammerherr v. Oldenburg-Januschau: Schnelle Hilfe muß unserm schwerleidenden Vaterlande werden. Der beste Beweis dafür, daß sich der Reichstag in die preußischen Verhältnisse mischt, ist doch der Ausspruch des Vizekanzlers von Payer im Reichstage: daß er mit dem preußischen Wahlrecht stehe und falle. Was geht den Herrn von Payer das preußische Wahlrecht an? (Heiterkeit und Sehr gut!) Die Regierung ist dazu da, die Verfassung aufrechtzuerhalten; diejenigen Herren im Reiche, die das zu tun haben, mögen bedenken, daß ihre Gehälter auch aus den Taschen der preußischen Steuerzahler fließen. Preußen ist nicht auf dem Wege moralischer Eroberungen groß geworden.

Oberbürgermeister Lehler-Düsseldorf verteidigt das gegenwärtige Wirtschaftssystem.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen schließt die allgemeine Aussprache. Es folgt die Eingehandlung der [illegible] pläne. Zunächst steht die landwirtschaftliche Verwaltung zur Erörterung.

Ein Antrag Graf Kanitz, der Maßnahmen zum Wiederanbau der Pferdezucht fordert, wird angenommen.

Fürst Kuyphausen bringt Wünsche und Beschwerden der ostfriesischen Landwirtschaft vor.

Staatskommissar für Volksernährung von Waldow: Ein Juliusturm voll Getreide zu Beginn des Krieges wäre uns gewiß sehr zu statten gekommen. Aber wer hat eine so lange Dauer des Krieges vorausgesehen? Die Zwangswirtschaft hat jedenfalls das Gute gehabt, die Lebensmittel für das Heer aufzubringen und ein Existenzminimum für die große Masse der Minderbemittelten, das sind 95 Prozent des Volkes, zu sichern. Wann einmal ein Abbau erfolgen kann, so werden jedenfalls Eier und Gemüse zuerst drankommen. Bei Brot, Fleisch und Kartoffeln kann erst daran gedacht werden, wenn unsere Vorräte höher sein werden als der Bedarf.

Oberbürgermeister Koch-Kassel spricht für eine Zwangswirtschaft. Das Gemüse wird übrigens gar nicht öffentlich bewirtschaftet. Geschähe das, wäre es besser.

v. Herzberg-Lettin: Die großen Städte beziehen ein Viertel ihres Bedarfs durch den Schleichhandel, und sie würden ohne ihn wohl verhungern. Anstelle des Herrn von Waldow wünsche ich das Zwangssystem für Brot beibehalten. Wir müssen aus dieser Zwangsjacke mit Kriegsende herauskommen.

Graf Stolberg: Wie sollte man ohne öffentliche Bewirtschaftung das Heer ernähren? In der Kritik sollte man vorsichtiger sein.

Stadtdirektor Tramm-Hannover: Ohne den Schleichhandel ist eine wirkliche Versorgung der Bevölkerung nicht durchführbar. Eine der bedenklichsten Folgen der Zwangsbewirtschaftung ist die allgemeine Demoralisierung, die blinde Denunziationswut.

Oberbürgermeister Dr. Jörres-Duisburg: Die Kartoffelversorgung war im letzten Jahre sehr gut; ebenso ist die Marmeladeversorgung ein Ruhmesblatt in der Tätigkeit der Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Oberbürgermeister Wermuth-Berlin: Ich warne dringend vor jedem Versuche, das jetzige System zu ändern.

Kammerherr v. Oldenburg-Januschau: Die Zustände in den großen Städten sind jetzt wirklich herzbrechend. Die Bekämpfung des Schleichhandels ist moralisch notwendig.

Staatssekretär v. Waldow: Die Kartoffelversorgung hat noch nie so geklappt wie in diesem Jahre. Der Landwirtschaftsetat wird bewilligt.

Mittwoch 1 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 7 Uhr.

Kriegsnachrichten.

Der Hunger in Deutschböhmen.

Der Landesvertrauensmann der deutschen Sozialdemokratie Böhmens, Reichsratsabgeordneter Genosse Seliger, hat an den Ministerpräsidenten v. Seidler folgendes Telegramm gerichtet:

„Informationen aus allen Industriebezirken Deutsch-Böhmens ergeben, daß schon nächste Woche in ganz Deutschböhmen weder Brot, noch Mehl oder Kartoffeln vorhanden sein werden. Zuschübe von Mahlprodukten und Kartoffeln erfolgen von der Prager Kriegsgetreidezweigstelle mangels Vorräten nicht mehr. Nicht einmal Kriegsküchen können halbwegs entsprechend versorgt werden. Ernährung der Nichtselbstversorger in Deutschböhmen daher aufs bedrohlichste gefährdet.

Im Namen der Arbeiterschaft ersuche ich eindringlichst um gleiche Berücksichtigung Deutschböhmens aus deutschen und ungarischen Aushilfen, auf die unsere Bevölkerung mit gleichem Recht auf Leben Anspruch erhebt."

Die Zustände in unseren österreichischen Nachbargebieten müssen furchtbare sein.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 9. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Südlich des La Bassee-Kanals wurden mehrfach wiederholte Teilangriffe, auf dem Nordufer der Somme starke Vorstöße des Feindes abgewiesen. Der Artilleriekampf blieb in diesen Abschnitten lebhaft und nahm am Abend beiderseits der Somme zeitweilig wieder große Stärke an.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Westlich von Authenil (westlich von Noyon) haben sich heute früh nach heftigem Feuer örtliche Angriffe des Feindes entwickelt. Am Walde von Villers-Cotterets scheiterten Teilangriffe der Franzosen in unserem Kampfgelände.

Gestern wurden 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Billik errang seinen 23. und 24., Leutnant Friedrichs seinen 21. Luftsieg.

Der Erste General-Quartiermeister.
Ludendorff.

Berlin, 9. Juli, abends. (Amtlich.)

Südwestlich Noyon wurden französische Teilangriffe abgewiesen. Oertliche erfolgreiche Kämpfe westlich Chateau Thierry.

Patrouillenkämpfe.

Berlin, 9. Juli. In der Nacht vom 8. zum 9. Juli wiesen die Deutschen in Gegend Vailleul zwei feindliche Patrouillen ab. Bei dem im deutschen Heeresbericht vom 9. Juli erwähnten Angriff auf dem Nord-Ufer der Somme griff der Feind in Bataillonsstärke an. Er wurde im Nahkampf abgeschlagen. Am Abend des 8. Juli erstickte das deutsche Vernichtungsfeuer am Walde von Villers-Cotterets einen feindlichen Angriff im Keime. Bei und westlich Reims scheiterten Patrouillenvorstöße im deutschen Abwehrfeuer.

17 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 8. Juli. (Amtlich.) Unsere U-Boote haben im Sperrgebiet um England 17 000 Brutto-Registertonnen feindlichen Handelsschiffsraumes vernichtet. Den Hauptanteil an diesen Erfolgen hat das von Kapitänleutnant v. Rabenau (Reinhardt) befehligte Boot, das an der Ostküste Englands sechs Dampfer, zum größten Teil aus stark gesicherten Geleitzügen heraus, versenkte.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Antwort aus Oesterreich.

Wien, 8. Juli. Zum Nachtrag des italienischen Heeresberichtes vom 6. Juli bemerkt das Kriegspressequartier: Wenn die Italiener aus ihren Fortschritten im Piave-Delta möglichst viel Kapital schlagen, so sei darüber kein Wort verloren. Dagegen verbleiben ihre Gefangenen- und Beutezahlen schärfste Ablehnung. Die Zahl der durch sie eingebrachten Gefangenen ist durch die letzten Kämpfe an der Gebirgsfront und an der unteren Piave höchstens um 3000 Mann, das ist seit Beginn der Schlacht in Venetien von 12 000 auf 15 000 gestiegen. An dieser Tatsache ändert auch der 20 000te Gefangene nichts, der italienischerseits „gezählt" worden ist.

Ebenso wird ausgeführt, daß nur 11 österreichische Geschütze verloren seien, wenn die Italiener die fünffache Zahl angeben, so können es nur zurückeroberte italienische Geschütze seien und gleichermaßen verhält es sich mit den Maschinengewehren, wovon die Oesterreicher jetzt nicht viel mehr als 200 verloren haben, eine „durchaus normale" Zahl.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der englische Ernährungskommissar. Das Mitglied der Arbeiterpartei Clynes, bisher Parlamentssekretär des Lebensmittelministeriums wurde als Nachfolger von Lord Rhondda zum Lebensmittelkontrolleur ernannt.

Soldaten in Ruhe!

Wie steht sie hoch, die blasse stille Sternennacht.
Stählerne Kühle drängt der Wind auf Land.
In nerbos verhangner Ferne dröhnt die schwere Schlacht.

O köstlich Gut, selig Geborgensein in stiller Ruh,
entronnen aller Kanonaden Haßgesang;
noch liegt in deinen Ohren immerzu
ihr wildes Lied, noch immer, immer leiser
fühlest du
das stumme Grau'n, in dem manch' treues Herz
zersprang.

Daß uns das Leben blieb in diesem Meer der Not,
wir fassens kaum,
es ist so fremd und seltsam wie ein ferner Traum,
ein ferner Traum vom Tod.

So lauschen wir mit Augen groß und scheu,
in jeden Morgen und ins Abendwerden und in die Nacht,
es reichen sich Gedanken leis und sacht,
die weichen Hände hin mit träumenden Gebärden,
und unser Leben blüht so reich, so neu.

Daß dir die Leere aus dem Auge floh,
das tat der Sonnenschein.
Wie lange? Einmal wieder irgendwo
ist du dir fremd,
laß sein, laß sein — — —

Ernst Zimmerman im Feld.

Aus aller Welt.

Die Juwelen der Gräfin Schaffgotsch.

Die millionenreiche [illegible] Gräfin [illegible] Verhaftung [illegible]

Die Konfirmations-Gans.

Folgendes heliographierte Schreiben des Seelsorgers der Gemeinde Zettitz, Kreis Krossen a. d. Oder, wird dem „Vorwärts" von dort übersandt:

Gott die Konfirmation Ihrer Tochter steht mir eine Gans zu. Ich bitte Sie, daß Sie sich darauf einrichten, [illegible] auch jetzt schon anzunehmen. Zettitz, den 17. Juni 1918. Vorhaner, Pfarrer.

Geschäft ist Geschäft. Der Geistliche liefert den Eltern ein in den evangelischen Heilswahrheiten unterrichtetes Mägdelein, und die Eltern liefern dem Geistlichen eine Gans. Die Befürchtung des Einsenders, der Herr Pfarrer könne an dem Gänseüberfluß gesundheitlichen Schaden nehmen, teilen wir nicht. Denn die Kirche hat einen guten Magen, und schlimmstenfalles gibt es in den Städten heutzutage genug Abnehmer, die für eine Gans 50—100 Mark zahlen.

Paula Dehmel †. Still, wie sie gelebt hat, ist die Märchendichterin Paula Dehmel in ihrer Steglitzer Wohnung gestorben. Leidend ist sie schon durch viele Jahre hindurch gewesen, aber sie hat sich durch das Leiden nicht verbittern lassen. Güte war der Grundzug ihres Wesens, und diese mütterlich gütige Art spricht sich auch in ihren Dichtungen aus, den Versen ihres „Rumpumpel", ihres „Fitzibutzi" und den kleinen Märchengeschichten, die voll launiger Einfälle sind, aber nichts von dem gewollt Kindlichen haben, das so viele Kindergeschichten gerade unseren Kleinen fremdbleiben läßt. Die innere Größe ihrer Art bewährte sie auch in dem Verhältnis zu ihrem Mann, dem Dichter Richard Dehmel. Nach jahrelanger Ehe trennten sie sich, doch bis zu ihrem Tode bewahrte diese tapfere und gütige Frau ihrem Manne eine echt freundschaftliche Gesinnung, sie blieb ihm ein guter Kamerad und hatte eine herzliche Freude an seinen Erfolgen.

Explosion eines Munitionszuges. „Progres de Lyon" meldet: In der Mittwochnacht explodierte ein Munitionszug auf der Fahrt zur Front im Bahnhof Mohan-le-Fuselier. Der Bahnkörper wurde schwer beschädigt. Die Züge erleiden große Verspätung. Im Bahnhof von St. Denis floß ein Eisenbahnwagen mit pharmazeutischen Produkten in die Luft. Es gab zehn Todesopfer.

„Sofort greifbar!"

Für einen eigenartigen Geschmack zeugt folgendes Inserat in der „Reichenberger Zeitung":

Damen, Achtung!

Sofort greifbar! Hochintelligenter Gastwirt, 47 Jahre alt, sehr angenehme Erscheinung, mittlerer Statur, strebsam, von seiner Frau in seiner Militärdienstzeit schmählich betrogen, sucht für weiteres passende Lebensgefährtin bis zu 40 Jahren ohne Anhang. Größeres Vermögen und Ausstattung wegen zeitgemäßer Geschäftsvergrößerung erwünscht. Bevorzugt, welche Lust zum Geschäft und Landwirtschaft hat, fesche Erscheinung, auch kinderlose Witwe oder kinderlose geschiedene Frau. Freundliche Anträge, nur mit Bild, unter „Glückliche Zukunft 12000" an die Verw. d. Ztg. Es bietet sich Gelegenheit für eine Dame, sich tadellos zu versorgen.

Die Dame kann sich mit dieser „sofort greifbaren" Ware „Mann" versorgen. Wie man sonst Wolle oder Quarg offeriert, so offeriert sich dieser „hochintelligente Gastwirt" der vermögenden Frauenwelt. Hoffentlich gibt es recht viele, ebenfalls an Geschmacksverirrung leidende „Damen", die sich um diese „sofort greifbare" Ware erwerben, damit dieser „hochintelligente" Herr auf seine Rechnung kommt.

Holz — als Tabakersatz! Einer Zeitung ist aus dem Felde „Tabak" zugegangen, der als „Feinschnitt" bezeichnet wird, zum großen Teil aus geschnittenen Holzstückchen besteht, die meistens vermorscht sind und wahrscheinlich auf irgend einem Holzlagerplatz zusammengelesen wurden. Herstellerin ist die Firma S. F. W. Brüggemeier in Detmold.

Mord an einem Gendarmeriewachtmeister. Der Gendarmeriewachtmeister Krüger aus Labes wurde auf dem Wege nach Grabow von unbekannten Tätern erschossen. Krüger war nach Grabow geritten, um einen Fahnenflüchtigen abzuholen. Man vermutet, daß Freunde [illegible]

Familiennachrichten

Am 7. dieses Monats verschied nach langem Leiden, welches er sich im Felde zugezogen hatte, unser langjähriger Mieter

Herr Landsturmmann
Pionier

Hermann Bibernell

im Alter von 41 Jahren.

Wir werden diesem braven Manne ein treues Gedenken bewahren.

Breslau, 9. Juli 1918.

Familie
Oskar Halfpaap.
5138

Nachruf!

Am 8. d. Mts. verstarb unser wertgeschätztes Mitglied,

Herr **Bezirks - Armen - Direktor**

Rudolf Daniel

im vollendeten 72. Lebensjahre.

Der Verblichene ist 15 Jahre als Mitglied der Armen-Direktion ersprießlich tätig gewesen. Mit Hingabe und Eifer hat er in seinem Ehrenamte an den Aufgaben unserer Armenverwaltung bis zu seiner Erkrankung verständnisvoll teilgenommen.

Seine wertvollen Dienste sowie seine persönlichen Eigenschaften lassen uns die durch seinen Tod in unsere Reihe gerissene Lücke schmerzlich empfinden.

Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. 5111

Breslau, den 9. Juli 1918.

Die Armen-Direktion.

Lobe-Theater.
Heute und folgende Tage:
Gastspiel Max Walden
Die blonden Mädels vom Lindenhof.
Anfang 8 Uhr.

Lessingtheater.
Operettenbühne. Tel. 2545.
Mittwoch, Freitag, Sonnabend u. Sonntag 7½ Uhr:
Drei alte Schachteln.
Donnerstag 7½ Uhr
Die Fledermaus.

Vom 1. Juli: **Kabarett Fürst Blücher**
Reuschestr. 11/12.
Neues Programm!
Marga Legan
Doris Schöpl
Hanny Schmidt
Herbert Förster
Claire Schönherr
Phillis Baldor
Hauskapelle Richter
Anfang 7 Uhr.
Sonn- und Feiertage 2 Vorstellungen
Eintritt frei

Einen neuen Anzug od. Paletot 5091
ohne Bezugsschein
erhält man durch wenden oder modernisieren bei
L. Grabsch, Kreuzstr. 32, II. Et.

Billig zu verkaufen:
Kasten- u. Leiterwagen, Kinderwagen, Klappenwagen, Reitsitzpferden für Kinder [4555
H. Lewinska, Ohlauerstr. 14.

Verreist 5095
San.-Rat Dr. Kwilecki

Viktoria-Theater.
Heute u. täglich 8 Uhr:
Dollar-Prinzessin!
Gastspiel:
W. Haxthausen
Gerty Holmar
Willi Ziegler.

Zeltgarten.
Der grosse
Juli-Spielplan
10
Schlager.
5105

Dominikaner!
Herrliches Garten-Variété.
Täglich! Die beliebten Leipziger.
Neu! Die wilde Toni
Neu! Ein verheirateter Junggeselle
Geschw. Goßmann,
reizendes Damen-Duo.
Jeden Mittwoch 4 Uhr: Familien-Vorstellung.
Erwachs. a. d. Saalpl. 19 Pf. Kinder m. Erwachs. 10 Pf.
Ausschneiden!
Diese Annonce gilt f. Erw. für Mittwoch nachm. a. d. Saalplatz, freien Eintritt.

Hochelegante [5115
Pelzgarnitur
auf Seide gearbeitet, neueste Fassons, jetzt nur 150 Mk.
Höfchenstraße 50, hochpt.

Damen-Filzhüte jeder Art.
Freund & Krebs
Karlstraße 30
an der Hofkirche
Annahme von Uniformhüten.

Lederfohlen
Ersatz (Friedensware)
aus Textiltreibriemen (Abfällen), wasserdicht u. dauerhaft, von der Ersatz-Sohlengesellschaft genehmigt und Preise festgesetzt. Verkauf an Schuhmacher und Private.
Brandenburgerstr. 27, pt., E. Krieg.
Versand nach auswärts gegen Nachnahme. Wiederverkäufer erhalten Rabatt. 4987

Gute Bücher
lesen unsere Soldaten gern in den Stunden der Ruhe.

Nachstehende Bücher sind im Preise bedeutend herabgesetzt und sehr empfehlenswert:

Marianne Maidorf, Die Hexe von Triesnerberg, 270 Seiten gebd. nur	2.—
Koebner, Globetrotter der Liebe nur Mk.	1.30
Hans Freimark, Der Meister, Roman aus der Gegenwart 392 Seiten, gut broschiert bisher 4.— Mk. nur	2.—
Franz Molnar, Die Panflöte statt 2 Mk.	1.30
Theod. Wolff, Die Sünder, eine Liebesgeschichte statt 2 Mk.	1.30
" " Spaziergänge statt 3 Mk.	1.30
Hamilton, Eines Herzogs Sohn, Roman statt 2 Mk.	1.30
John Berg, Nach dem Unfrieden, Roman, statt 3 Mk.	1.30
Busse-Palma, Des Satans Karten, statt 2,50 Mk.	1.—
Claude Berget, Napoleon, Lebensgeschichte mit 12 Abbildungen	60 Pf.
Hunter, Das Elend der neuen Welt, bisher 2 Mk. nur	80 Pf.
Hyan, Der blasse Albert und andere Kriminal-Novellen bisher 1 Mk. nur	60 Pf.
Porto bei einzelnen Büchern 10—30 Pf.	
Porto bei der ganzen Sendung 60 "	
Porto Feldpostpaketporto 25 "	

Volkswacht-Buchhandlung, Breslau III
Modernes Antiquariat.

Die beste Liebesgabe ins Feld ist ein gutes Buch!

Möbel
komplette
Schlafzimmer
Speisezimmer
Wohnzimmer
einzelne Möbelstücke
selbstgefertigte Polsterwaren
kompl. Küchen
zu billigsten Kassapreisen, auch auf Teilzahlung
S. Osswald
Albrechtstr. 6
Ecke Schuhbrücke.

Modern. Zahnersatz 4080
Plomben, Zahnziehen m. Betäub. Ausführ. in 1 Tag u. Teilzahlung.
G. Reiprich, Albrechtstr. Nr. 43, I.

100 Postkarten
2, 3, 4 Mk. Blum-, Kopf-, Landsch.-, Kunst-, Liebeskarten usw. 5 Mk., Prachtsortiment 7,50 Mk.
P. Hagenbucher, Verlag, Leipzig.

5050
Zepter-Kino Kloster str. 47
Dienstag bis Donnerstag:
Werner Kraus
Martha Novelli
in dem Riesenfilm:
E der scharlachrote Buchstabe
10 Akte.
Die Rächerin ihres Vaters
Sensationsdrama
4 Akte

Halsrüschen
5108] 38 Pfg.
Batistkragen
groß 4.75.
Straussfederkrausen
7.50
Schleier
1.50
Schweißblätter
Strumpfgummibänder
Albert Fuchs
Schweidnitzerstr. 49.

Kinderschutzverein für Schlesien Ortsgruppe Breslau
zugunsten unserer hilfsbedürftigen Kinder
Morgenkonzert
im 5113
Scheitniger Park
Sonntag, den 14. Juli, früh von 7 bis 9 Uhr.
Mädchenchöre
Leitung: Alfred Zobel
Orchestervorträge
Leitung: Paul Rüster
Karten zu 50 Pfg., Kinder u. Militär 30 Pfg. bei Hainauer, Hoppe, Barasch. An der Kasse 50 Pfg. und 30 Pfg.

Arbeitsmarkt.

Aeltere, zuverlässige Kutscher
(gute Pferdepfleger)
sowie nachweisbar 5124
tüchtige Packmeister
finden sofort dauernde Beschäftigung bei
Spediteur Schierer, Breslau II, Tauentzienstr. 119.

Per sofort wird tüchtiger
Fahrstuhlführer
der gleichzeitig die Kühlmaschinen bedient, auch kleine Licht- und Maschinen-Störungen selbst beseitigt, gesucht. 5130
Kriswurstfabrik Westendstr. 68.
Meldungen 6—7 Uhr abends.

Tüchtige
Buchbindermädchen
können sich bald melden 5130
Th. Schatzky, Buchdruckerei,
Neue Graupenstraße 5 (im Hause der Volkswacht).

Jüngeres Arbeitsmädchen
kann sich bald melden [5130
Th. Schatzky, Buchdruckerei, Neue Graupenstr. 5 (im Hause d. Volkswacht)

4 Arbeiter können sich melden
Holzplatz 5125
Schönstraße 40.

Solider Haushälter
evtl. Kriegsverletzter
findet dauernde Beschäftigung.
Gebrüder Breslauer, Pelzwarenfabrik
Gräbschenerstraße 5. 5112

Ehrliche, saubere Scheuerfrau 5106
gesucht. Zu melden von 3—6 Uhr bei
B. Perl jr. Nachfolger, Weiße Ohle 11.

Mädchen 14 bis 16 Jahre
zu leichter Arbeit können sich melden. 5107
B. Perl jr. Nachfolger, Weiße Ohle 11.

Kräftige Arbeiter und Arbeiterinnen
sucht für sofort 4841
Breslauer Steingutfabrik, Matthiasstr. 198/202.

Mehrere Stellmacher und Wagenschmiede
finden dauernde Beschäftigung, auch auf bessere Kutschwagenarbeit. 4581
F. W. Rosenbaum, Abt. Wagenbau, Breslau 24, Gräbschenerstr. 281.

Bauarbeiter
stellt ein 5121
E. Francke, Baugeschäft, Kletschkaustr. 20.

Zeitungsträgerinnen
Scheitniger- und Odertor
zum baldigen Antritt gesucht.
Expedition der Volkswacht
Neue Graupenstraße 7, I. rechts.

Kräftige
Frau od. Mädchen
zum Wäscheabfahren ges. [4867
Meldungen nur von 7—5 Uhr.
Wäscherei „Westend-", Kaiserstraße 5, Seitenhaus.

Arbeiterinnen
stellt ein 5091
J. Schwerin & Söhne,
Westendstraße 3/13.

Bedienungsfrau
oder Mädchen für 3 Pers. bald gesucht. Oppeln. 57, I. r. [5100

Schlosser
für leichte Blech- u. Eisenkonstruktionsarbeit stellt sofort für dauernd ein. Ebenso werden
Lehrlinge
eingestellt. Solche, die bereits gelernt haben, bevorzugt.
M. A. Magiera, Breslau V.
Meldung: Dauer Rehbigerstr. 33

Geschäfts-Autoführer 5127
für leichte Fahrten und Hilfe bei Maschinen im Motorbetrieb zu bald oder später gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschr. oder Empfehlungen über seitherige Tätigkeit auch von solchen, die Anfänger werden wollen, unter „Motorist" an Rudolf Mosse, Breslau, erbeten.
Kriegsbeschädigte bevorzugt.

Kauf
Kaufe 4808
alte Grammophon-Platten, auch in zerbroch. Zustande
zu höchsten Preisen
Zithern, Sprechapparate, und andere Musikwerke
Musikhaus Albert Jeske
Friedrich-Wilhelmstraße 69
Telephon 7287

Verkauf
3 kpl. Küchen-Einrichtg.
2 Küchen-Tische, sowie neu,
2 Betts., 1 Sofa, 1 Spiegel m. Spind, alt, billig zu verk. [5104
Möbel-Lager-Kaufhaus Ed. Steglich, Tauentzienstr. 81, I. r.

Amtliche Anzeigen

Bekanntmachung über Höchstpreise.

Die Preiskommission der Provinzialstelle für Gemüse und Obst hat mit Zustimmung der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung, die Erzeuger-, Groß- und Kleinhandelspreise festgesetzt wie folgt: 5120

	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
Kohlrabi	Pfg. je Pfd.	Pfg. je Pfd.	Pfg. je Pfd.
mit verwendbarem Kraut	20	25 (27)	35
ohne Kraut	25	30	40

Die Erzeugerpreise umfassen gemäß § 6 der Verordnung vom 3. April 1917 (Reichsgesetzblatt S. 307) die Kosten der Beförderung zur nächsten Verladestelle und der Verladung.

Die Erzeugerpreise sind Vertragspreise, welche gemäß § 4 der Musterverträge der Reichsstelle für Gemüse und Obst in diese Verträge einzusetzen sind. Sie sind gemäß §§ 5 und 14 der Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 3. April 1917 (Reichsgesetzblatt S. 307) ebenso wie die festgesetzten Groß- und Kleinhandelspreise Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 (Reichsgesetzblatt S. 339) mit den dazu ergangenen Abänderungen.

Der in Klammern beigefügte Preis gilt nur in den Kreisen: Breslau Stadt, Neurhen Stadt und Land, Gleiwitz Stadt und Land, Kattowitz Stadt und Land, Königshütte O.-S., Hindenburg O.-S., Tarnowitz, Pleß, Rybnik, Waldenburg i. Schl., Hirschberg, Landeshut i. Schl., Görlitz Stadt.

Die Preise gelten vom 11. Juli ab. Die Stadt- und Landkreise dürfen abweichend hiervon nur niedrigere Groß- und Kleinhandelspreise festsetzen.

Breslau, den 9. Juli 1918.

Provinzialstelle für Gemüse und Obst.

Krankenunterstütz.-u. Sterbekass.-Verein „Z. gold. Lachs"
(Gegründet 1825.)
Der Verein bietet seinen Mitgliedern sehr günstige Bedingungen: Bei vierwöchentlicher Beitragszahlung von 35 Pf. ein Sterbegeld bis 90 Mk. Bei vierwöchentlicher Beitragszahlung von 1,20 Mk. wöchentlich 1 Mk. Krankengeld. Aufnahme neuer Mitglieder, die im Regierungsbezirk Breslau wohnen, findet am 14. Juli, von 3—5 Uhr, darauf alle vier Wochen im Vereinslokal Herrenstraße 19 und täglich beim Kassierer **Paul Kirchner**, Kupferschmiedestraße 36, statt. Männliche sowie weibliche Mitglieder werden ohne ärztliche Untersuchung in der Kranken- und Sterbekasse aufgenommen. Beitrittsalter bis 45 Jahre.

Alte und zerbrochene Schallplatten
und **Phonographwalzen** 3460
kauft zu Höchstpreisen
Odeon-Musik-Haus Ohlauerstraße 84. Telefon 5508.

Der schöne Egon
und
andere Erzählungen
von
Helene v. Düring-Oetken
186 Seiten, gut broschiert
bisher Mk. 2.—, nur Mk. 1.—
Buchhandlung Volkswacht
Modernes Antiquariat.

Gewinn-Auszug
der
12. Preussisch-Süddeutschen (238. Königlich-Preuss.) Klassen-Lotterie
1. Klasse 1. Ziehungstag. 9. Juli 1918

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 60 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 5000 M 30366
2 Gewinne zu 3000 M 73275
4 Gewinne zu 1000 M 24851 91079
2 Gewinne zu 500 M 85158
2 Gewinne zu 400 M 78143
14 Gewinne zu 300 M 57436 59527 97692 103018 147949 159899 178979
30 Gewinne zu 200 M 10369 30003 25984 50599 72006 90511 107117 120541 131495 136152 140026 146808 162755 175774 184239
74 Gewinne zu 100 M 5070 12417 20376 23865 29239 42294 42838 50131 50444 57070 67138 67548 68015 71675 77195 79510 79695 92195 105723 109546 110466 118233 123683 125260 132919 133577 140020 145077 145388 152564 155290 176293 177840 178576 186895 192936 194157

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 60 Mark gezogen.

4 Gewinne zu 500 M 117291 182472
6 Gewinne zu 400 M 43073 49471 [illegible]
10 Gewinne zu 300 M 21716 52102 60271 73076 146143
42 Gewinne zu 200 M 25496 37611 49024 58864 58792 71508 78594 84662 96294 105568 121885 125068 154037 162928 166499 169900 173890 175013 176102 196786 211443
88 Gewinne zu 100 M 5206 9510 9485 11808 21064 22078 26542 33617 36654 48963 49795 50654 53468 58078 59206 78448 78897 87871 90018 99046 102306 112971 115726 120871 124138 126982 128945 140007 142021 142038 146064 153449 155908 [illegible] 170508 180265 182467 182649 [illegible] 190488 [illegible] 198118 204630 [illegible]

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. Juli.

Das Wehrpflichtalter wird nicht erhöht!

Es wird gemeldet: Das wiederholt aufgetauchte Gerücht, das wehrpflichtige Höchstalter werde auf 50 Jahre heraufgesetzt werden, entbehrt jeglicher Begründung.

Der Provinzial-Verband schlesischer Ortskrankenkassen

hielt am Sonntag, den 7. Juli, seine ordentliche Mitgliederversammlung unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung in Breslau in Paschkes Festsaal ab. Anwesend waren 112 Vertreter von 72 Kassen mit einer Mitgliederzahl von 345121. Von den Behörden waren vertreten das Kgl. Oberversicherungsamt Breslau durch Geh.-Rat Dr. Haug, die Landesversicherungsanstalt Schlesien durch Landesrat Zimmer, das Versicherungsamt der Stadt Breslau durch Magistratsrat Wronitza, das Versicherungsamt Breslau-Land durch Versicherungs-Sekretär Arzoza und das Versicherungsamt der Stadt Brieg durch Stadtrat Loewenthal. Außerdem nahm an den Verhandlungen teil der Vorsitzende des Gauverbandes deutscher Ortskrankenkassen, Landtagsabgeordneter Fräßdorf-Dresden und weiter Beigeordnet von den Städtischen Werken Breslau.

Der Vorsitzende, Verwaltungsdirektor Zimmer, begrüßt die zahlreich erschienenen Vertreter und Gäste und gibt einen kurzen Rückblick auf die wirtschaftliche Lage, die nicht als besonders günstig bezeichnet werden könne. Besonders haben die Krankenkassen unter diesen Verhältnissen schwer zu leiden und sie müssen sehen, daß alle Verkehrungen treffen, damit sie auch fernerhin erhalten werden können. Er gibt aber auch gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, daß in nicht allzu ferner Zeit der Frieden kommen wird, damit sich die Krankenkassen wieder freier entwickeln können.

Landtagsabgeordneter Fräßdorf-Dresden gibt seiner Freude Ausdruck, daß der schlesische Provinzialverband in verhältnismäßig kurzer Zeit recht gute Fortschritte gemacht hat und hofft, daß er sich in derselben Weise weiter entwickeln wird.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die Beratungsstellen der Landesversicherungsanstalt Schlesien zur

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

und ihre Unterstützung durch die Krankenkassen spricht Landesrat Wimmer-Breslau, der zunächst eingehend die einzelnen Arten der Krankheit beleuchtet und dann auf die Folgen und ihre Einwirkung auf die Gesamtbevölkerung hinweist. Durch den langandauernden Krieg hat diese Krankheit leider eine furchtbare Ausdehnung genommen und es muß deshalb Aufgabe der hierzu berufenen Organisationen sein, diese Seuche mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Den Krankenkassen die früher durch die Gesetzgebung daran verhindert waren, ist durch die Reichsversicherungsordnung nunmehr die Möglichkeit gegeben, Mittel für allgemeine Zwecke der Krankheitsverhütung aufzuwenden und sie haben von dieser Befugnis bereits Gebrauch gemacht, indem sie der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten als Mitglieder beitraten und sich hieran mit erheblichen Summen beteiligten. Die Landesversicherungsanstalten sind hierin bereits einen Schritt weiter gegangen, indem sie nach dem Vorbilde Hamburgs

Beratungsstellen für Geschlechtskranke

eingerichtet haben.

Es muß nun Aufgabe der Kranken-Kassen sein, diese Beratungsstellen zu unterstützen und dies soll dadurch erreicht werden, indem die Kassen von jedem ihnen zur Kenntnis gelangenden Krankheitsfall Mitteilung machen. Redner verliest hierauf die Leitsätze, die unter Mitwirkung des Reichsversicherungsamtes als Zweck und Ziel der Beratungsstellen zu betrachten sind. Er weist noch darauf hin, daß eine ärztliche Behandlung in diesen Stellen nicht stattfindet, den Kranken sollen lediglich Anweisungen gegeben werden, wie sie sich zu verhalten haben und daß sie vor allem sich zunächst in ärztliche Behandlung begeben müssen. Die Kosten dieser Behandlung sollen im allgemeinen von den Kassen getragen werden. Nur dort wenn der Versicherte ein Interesse daran hat, daß die Kasse von seiner Erkrankung keine Kenntnis erhält, wird die Landesversicherungsanstalt die Kosten übernehmen. Aufgabe der Kassen wird es nunmehr sein die notwendige Aufklärung unter die Kassenmitglieder zu bringen und dies wird durch Veranstaltung von Vorträgen, zu denen sich besonders die Kreisärzte bereit erklären, und durch Verteilung von diesbezüglichen Druckschriften möglich sein, Er hofft, daß auf diese Weise die Beratungsstellen bald eine Einrichtung sein werden, die allen Anforderungen entsprechen dürften.

In der Aussprache weist Verwaltungsdirektor Zimmer-Breslau darauf hin, daß es den Kassen in vielen Fällen ganz unmöglich ist, Mitteilungen machen zu können, weil die Aerzte sich vielfach weigern, die notwendigen Angaben zu machen.

Tuch-Posen wünscht eine gesetzliche Regelung dieser Frage, weil sonst kein Erfolg zu erhoffen sein wird. Scholich-Breslau begrüßt insbesondere das gedeihliche Zusammenwirken der Landesversicherungsanstalten mit den Krankenkassen, das bisher viel zu wünschen übrig ließ.

Fräßdorf-Dresden bespricht die Maßnahmen, welche die Dresdener Ortskrankenkasse zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bereits unternommen hat. Der Kranke kann dort ohne jeden Ausweis und ohne der Kasse hiervon Mitteilung zu machen, den Arzt in Anspruch nehmen. Dieser hat dann allerdings die Pflicht, die Kasse von dem Krankheitsfall in Kenntnis zu setzen. Schließlich wird festgestellt, daß die Krankenkassen durchaus bereit sind, die Landesversicherungsanstalt in ihren Bestrebungen und ihren Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nach besten Kräften zu unterstützen.

Hierauf gibt Landtagsabgeordneter Fräßdorf-Dresden einen eingehenden Bericht über den Stand der

Arzt- und Apothekerfragen.

Einleitend führt er aus, daß die ärztliche Behandlung zurzeit im allgemeinen viel zu wünschen übrig lasse, weil etwa 60 Prozent der Aerzte zum Heeresdienst einberufen sind und daß sich deshalb schon ein recht bedenklicher Mangel geltend gemacht habe. Trotzdem die zurückgebliebenen Aerzte durch die Uebernahme der Praxis und demzufolge auch die Einnahmen der eingezogenen Aerzte recht erhebliche Einnahmen erzielen, haben sie doch an vielen Orten Forderungen auf wesentliche Erhöhung ihrer Bezüge gestellt. Die Krankenkassen können jedoch diese Forderungen nicht ohne weiteres bewilligen, weil sie selbst zurzeit auf ordentlich schwer belastet sind und weil andererseits erst geprüft werden müsse, ob diese Forderungen auch berechtigt seien. Auch die Krankenkassen hätten den Aerzten gegenüber Forderungen zu stellen, und diese müßten dahin gehen, daß sie auch eine gewissenhafte Behandlung verlangen, und es muß gefordert werden, daß die Kranken mindestens einmal zu untersuchen sind. Die freie Aerztewahl kann als Deckmantel nicht bezeichnet werden, da der Arzt vielfach gezwungen ist, sich nur nach dem Wunsche der Kranken zu richten, der entspricht aber auch nicht dem Wunsche der Aerzte, weil die Behandlung des Honorars allein auf die Untersuchung aufwerk, während z. B. ein Beschäftigter Aerzte 8 Konsultationen aus der Kassenpraxis beziehen, wonach sich die Einnahmen dieses Arztes auf 10 000 Mark. Die Kassen müssen daher darauf dringen, die Aerzte dafür zu gewinnen, **auch die Familien der Mitglieder** zu behandeln.

Hierauf fand die gestern mitgeteilte Entschließung einstimmige Annahme.

Derselbe Redner behandelt auch die Apothekerfrage, die sowohl von der Verordnungsweise der Aerzte abhängig, wie diese verordnen, kann für die Kasse nicht gleichgültig sein. Diese müssen auch einen gewissen Verdacht nehmen, die Kosten für die Aerzten möglichst herabzudrücken, weil die Preise heutzutage durch den Krieg ganz gewaltig in die Höhe gegangen sind. Durch Vereinbarungen, die mit dem Verein Deutscher Apotheker getroffen worden sind, die in jedem Orte eingeführt werden müßten, würde es möglich sein, auch in dieser Frage erträgliche Verhältnisse zu schaffen.

Apotheker Linnartz-Breslau spricht in längeren Ausführungen zu diesen Vereinbarungen und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß vor dem Abschluß mit Verträgen von Apothekern erst der Gauverband um seine Meinung gehört werde.

Ueber die Bundesratsverordnung vom 22. November 1917 und ihre Bedeutung für die Krankenkassen spricht hierauf Geschäftsführer Kirchhoff-Breslau, der insbesondere die Einführung von Mehrleistungen empfiehlt und vor allem die

allgemeine Einführung der Familienhilfe

fordert.

Magistratsrat Wronitza-Breslau bespricht hierbei die Abänderung der Grundlöhne, die den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Es dürfte angebracht sein, diese auch für Breslau abzuändern.

Zu dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht gibt Verwaltungsdirektor Zimmer nähere Erläuterungen. Er bespricht hierbei einen Streitfall mit der Landesversicherungsanstalt, der die Kosten für das Ausstellen der Invalidenkarten durch die Krankenkassen betrifft. Bei einem Satze von 4 Pfg. für eine Karte kann diese Arbeit nicht geleistet werden. Die Kassen müssen hierbei recht erhebliche Zuschüsse leisten. Leider war es nicht möglich den Regierungspräsidenten der über diese Frage zu entscheiden hat, zu veranlassen, daß die Sätze hierfür erhöht werden. Auf Antrag wird beschlossen, die Angelegenheit beim zuständigen Ministerium weiter zu verfolgen.

Als Beiratsmitglieder für den Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen werden die Vertreter Wittke und Zimmer bestätigt.

Zu der Abänderung der Satzung gibt Verwaltungsdirektor Zimmer die notwendigen Anleitungen. Mit dem Entwurf erklären sich die Vertreter einverstanden.

Es wird beschlossen, als Beitrag pro Mitglied und Jahr einen Pfennig, als Mindestsatz jedoch 10 Mark neben dem Beitrage für den Hauptverband zu erheben.

Die Zahl der Ausschußmitglieder wird von 12 auf 15 erhöht und für die Wahl derselben die Orte Tarnowitz, Striegau, Schweidnitz und Sagan bestimmt.

Landtagsabgeordneter Fräßdorf gibt noch einen kurzen Bericht über die Einrichtung der Ruhegehaltskasse für die Krankenkassenangestellten und empfiehlt dringend den Anschluß der Kassen an dieselbe.

Der Vorsitzende, Verwaltungsdirektor Zimmer gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Versammlung recht gute Anregungen für die Kassenvertreter gegeben habe und schließt mit dem Wunsche, daß diese auch in weitestem Maße beherzigt und durchgeführt werden.

Am Montag vormittag fand noch eine Zusammenkunft der Kassenvorsitzenden und der leitenden Beamten statt, in der eine Anzahl Rechtsfragen aus der Praxis behandelt wurden.

Höchstpreise für Oberrüben.

Die Provinzialstelle für Gemüse und Obst gibt im Anzeigenteile die Erzeuger-Großhandels- und Kleinhandelshöchstpreise für Kohlrabi bekannt. Der Kleinhandelshöchstpreis mit verwendbarem Kraut ist 35 Pfg., ohne Kraut 40 Pfg. je Pfund.

Zusatzrente zur Hinterbliebenrente

wird nicht gewährt. Die verw. Schachtmeister T. aus Bernstadt hatte eine solche Zusatzrente verlangt, in der Annahme, daß sie ihr zustehe, weil ihr verstorbener Mann eine Unfallrente von 66⅔ % bezogen hätte. Gegen die Abweisung ihres Antrages hatte sie Berufung eingelegt, die aber vom Ober-Vers.-Amt verworfen wurde, weil es eine Zusatzrente zur Hinterbliebenenrente nicht gibt.

Das Hauptgeschäft?

In ihrem Fußtritt für Kühlmann, den sie sich nicht verbeißen kann, schreibt die „Schlesische Zeitung“:

„Zwei verschiedene, ja gegensätzliche Richtungen in der Regierung sind aber in Kriegszeiten noch weniger zu ertragen als sonst, und da jetzt der Krieg unser Hauptgeschäft ist, mußten die Bedürfnisse der erfolgreichen Kriegführung vorangehen, Kühlmann mußte weichen. Man hat Kühlmann nicht mit Unrecht als einen Gesinnungsgenossen Bethmanns bezeichnet.“

Der Ausdruck „Hauptgeschäft“ ist sehr mißverständlich. Wenigstens ist uns gegenüber mehrfach eine große Verwunderung über diese Wendung ausgesprochen worden.

Ein schweres Ehrenamt.

Das Obstgeschäft von Oswald Schneider auf der Lohestraße ist der Preisprüfungsstelle schon lange als sehr unzuverlässig bekannt, weshalb auch die ehrenamtlichen Preisprüferinnen beauftragt sind, dieses Geschäft recht häufig zu besuchen. Auch am 20. November kam eine beauftragte Dame in das Geschäft und machte die Verkäuferin darauf aufmerksam, daß an verschiedenen Körben die Preisauszeichnungen fehlten. Die Verkäuferin, die die Dame genau kannte, die aber nicht sehr liebte, nahm gar keine Notiz von ihr, sondern rief durch das Telephon Herrn Schneider herbei. Dieser überhäufte nun die Preisprüferin sofort mit Beleidigungen, nahm eine Kohlrabe in die Hand und fuchtelte ihr damit dauernd vor dem Gesicht herum. Dabei schrie er ihr mit Donnerstimme zu: „Sie dummes Weib, Sie können ja keine Gesunde von einer kranken Kohlrabe unterscheiden, verdienen Sie sich nur Ihr Geld mit etwas anderem.“ Am Montag hatte nun Sch. vor dem Schöffengericht, um sich wegen öffentlicher Beleidigung zu verantworten. Trotzdem er wegen Beleidigung vorbestraft ist, kam er mit einer Strafe von 20 Mk. davon. Außerdem wurde auf Publikationsbefugnis erkannt.

Buchmacher.

Am Montag stand der frühere Fleischermeister Berthold Reimann vor der 2. Strafkammer, um sich wegen Vergehen gegen das Totalisatorgesetz zu verantworten. R. hatte im vorigen Jahre im großen Umfange Wetten von allen Rennplätzen Deutschlands angenommen, von Leuten, die nicht am Totalisator setzen wollten. Er gibt zu seiner Verteidigung an, daß er als Militärinvalide seinem früheren Beruf nicht mehr nachgehen kann und er von der Rente von monatlich 75 Mark mit seiner Familie nicht leben kann. Da er auf dem gleichen Gebiet vorbestraft ist, wurde er zu einem Monat Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Der mitangeklagte Schneider Georg Bartek, der ihm Schlepperdienste geleistet hatte, wurde wegen Beihilfe zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die alten Möbel.

Um dem Wucher mit alten Möbeln zu steuern, hat die Stadt Frankfurt a. M. ein Ausfuhrverbot für alte und gebrauchte Möbel erlassen. Der Verkauf unterliegt der Genehmigungspflicht und alle Möbel sind bezugscheinpflichtig.

* **Glück im Unglück.** Als am gestrigen Dienstag, nachmittags 6½ Uhr, ein Zug der Straßenbahn (Linie 1) die Nikolaistraße passierte, stürzte aus einem Hause gegenüber der Barbarakirche ein 4jähriges kleines Mädchen aus dem Fenster im ersten Stock und fiel direkt auf die Gleise vor den elektrischen Betriebswagen. Das Kind wurde wenige Schritte geschleift, geriet aber doch noch unter die Schutzvorrichtung und lag, als der Wagen stillstand, direkt vor den Rädern des Wagens. Niemand von den Passanten glaubte, daß das Kind noch am Leben sein könne. Als man das Kind unter dem Wagen hervorzog, war es nicht nur noch am Leben, sondern auch bei voller Besinnung und hatte anscheinend außer kleinen Hautabschürfungen keinerlei Verletzungen. Das außerordentlich schnelle Halten des Wagens und die Aufmerksamkeit des Führers muß anerkannt werden.

* **Eine Kriegsspeditionsgesellschaft mit beschränkter Haftung** ist in Breslau gegründet worden. Ihr Zweck ist die Abfertigung, und zwar Spedition, Lagerung und Verfrachtung der Breslau zugewiesenen Güter. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 57000 Mark. Geschäftsführer ist Prokurist Rudolf Wendler in Breslau, Kohlenstraße Nr. 5.

* **Die Seifenhändler** haben die eingenommenen Marken für Feinseife (K.-A.-Seife) und für Seifenpulver, also Abschnitte der Seifenkarten und Abschnitte von Bezugsscheinen für Seife nach wie vor an die zuständige Brotmarkenausgabestelle gegen Empfangsbestätigungen abzuliefern, die ausgefüllt vorzulegen sind. Nur die etwa bisher mit Vordruck IIIb abgelieferten Abschnitte von Bezugsscheinen zum Bezuge von Seifenpulver sind an den Lieferanten unmittelbar

* **Unterernährung.** Tot aufgefunden wurde in ihrer Wohnung Paulinenstraße 5a die 54 Jahre alte Näherin Antonie Schneider. Ihre Leiche ist in das Schauhaus geschafft worden. Als Todesursache wird Unterernährung angegeben.

* **Zur Ermittelung.** Am 29. Juni, nachmittags 6¾ Uhr, wurde Ecke Lehmer- und Altbüßerstraße eine ältere Frau von einem Radfahrer umgefahren, wobei sie schwer verletzt wurde. Der Radfahrer, ein etwa 16 bis 17 Jahre alter, schlanker Bursche ist nach Verübung der Tat unerkannt davongezogen. Wer ihn kennt, melde es im Polizeipräsidium, Zimmer 46.

* **Beschlagnahmt** wurde ein roter Kokosläufer, 3 m lang, 60 cm breit; der Eigentümer meldet sich im Zimmer 58 des Polizei-Präsidiums.

* **Beschlagnahmt** wurden bei einem Taschendiebe 7 Taschentücher (eins gez. P. K., eins mit blauer Kante, gez. M., eins gezeichnet I in einem Stern, eins mit Lochstickerei, eins mit weißer Edstickerei, eins mit einfachem Hohlsaum und eins mit doppeltem Hohlsaum. Die Eigentümer sollen sich im Zimmer 59 des Polizeipräsidiums melden.

* **Einbrüche.** In der Nacht zum 4. Juli wurde aus einer Wohnung auf der Posenerstraße ein Kinderbettoberbett ohne Bezug mit rotem Inlett gestohlen. — Aus dem Hühnerstall eines Grundstücks in der Güntherstraße sind in der Nacht zum 7/4 Hühner entwendet worden.

Kunst, Theater und Vergnügungen.

(Näheres im Anzeigenteil.)

Theater: Lobetheater. Täglich: „Die blonden Mädels vom Lindenhof“. — Schauspielhaus: Heute, sowie Freitag, Sonnabend und Sonntag „Drei alte Schachteln“. Donnerstag „Die Fledermaus“. Sonntag nachmittag für kriegsbeschäftigte Arbeiter „Der Raketelbinder“.

Varietees und Kinos. Liebichtheater. Ida Vane, welche seit einigen Tagen erkrankt war, tritt wieder in „Egon und seine Frauen“ auf. — Viktoria-Theater. Jeden Abend „Die Dollarprinzessin“.

Politische Uebersicht.

Im 1. Berliner Reichstagswahlkreis sind die Ersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten und Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf erst am 15. Oktober statt.

Bei der Landtagsersatzwahl im ersten Meininger Wahlkreis Saalfungen wurde für den gefallenen sozialdemokratischen Abgeordneten Eckart der Krankenkassenangestellte Friedrich Sprengler (Soz.) gewählt. Die bürgerlichen Parteien hatten sich unter Wahrung des Burgfriedens der Wahl enthalten.

Kriegsnachrichten.

Die Wirren in Rußland.

Ein Aufruf.

Moskau, 8. Juli. Die Presse veröffentlicht einen Aufruf der Regierung, der wie folgt beginnt: Gestern hat die allrussische Versammlung der Sowjets mit erheblicher Stimmenmehrheit die äußere und die innere Politik der Sowjets der Volkskommissare gebilligt.

Die sogenannten linken Sozialrevolutionäre, welche in den letzten Wochen geschossen in das Lager der rechten Sozialrevolutionäre übergegangen waren, hatten beschlossen, die allrussische Versammlung aufzulösen. Sie versuchten die Ratsrepublik entgegen dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter und Bauern in einen neuen Krieg zu treiben. In Verfolg dieses Zieles wurde gestern 3 Uhr nachmittags der deutsche Gesandte von einem Mitglied der Partei der linken Sozialrevolutionäre ermordet. Gleichzeitig versuchten die linken Sozialrevolutionäre, den geplanten Aufstand zur Ausführung zu bringen.

Nach Darstellung der Umsturzbewegung schließt der Aufruf:

Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Laufe der nächsten Stunden der Aufstand der linken Sozialrevolutionäre, der Agenten der russischen Bourgeoisie und des englisch-französischen Imperialismus unterdrückt sein wird. Welche weiteren Folgen dieses sinnlose und schmachvolle Abenteuer der linken Sozialrevolutionäre für die internationale Lage der Ratsrepublik haben wird, kann augenblicklich unmöglich vorausgesagt werden. Aber wenn unser erschöpftes und verblutetes Land von neuem in einen Krieg gestürzt wird, so fällt die Schuld daran einzig und allein auf die Partei der linken Sozialrevolutionäre, Umstürzler und Verräter. Mögen in diesem kritischen Augenblick alle Arbeiter und Bauern der Sachlage voll und ganz Rechnung tragen und sich wie ein Mann um die allrussische Versammlung der Räte der Arbeiter- und Bauerndeputierten scharen.

Kämpfe mit Tschechen.

Amsterdam, 9. Juli. Die Times melden aus Tokio: Oberst Wladimir Hurbein vom tschechischen Nationalrat ist nach Amerika abgereist. Ueber die Ereignisse in Wladiwostok teilte er noch mit, daß das militärische Zentrum der Bolschewiki in einem von deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen besetzten, befestigten Hause sei. Am 29. Juni griffen Tschechen dieses Haus mit Handgranaten an. Dabei wurden 29 Tschechen getötet.

Moskau, 7. Juli. Die Presse meldet: Bei Pensa wurden die Tschecho-Slowaken 50 Kilometer zurückgeworfen, ebenso auf der Front

Schlesien und Posen.

Waldenburg, 8. Juli. Das „Krankenbett" als Mehllagerstätte. In der „Schweidnitzer Zeitung" lesen wir folgende hübsche Geschichte aus einem ungenannten Orte des Waldenburger Kreises. Als hier die militärische Nachschaukommission auf einer Besitzung die angeordnete Durchsuchung nach etwa verheimlichten Getreidevorräten vornehmen wollte, wurde ihr bedeutet, daß die allein anwesende Besitzersfrau schwerkrank im Bett liege und man entweder von der Durchsuchung absehen oder diese recht rücksichtsvoll vornehmen solle. Die Kommission begab sich in die Wohnung, und als sie tatsächlich die Besitzersfrau „halb mit dem Tode ringend" im Bette liegen sah, entfernte sie sich vorsichtig wieder, um die Frau auf ihrem „Schmerzenslager" nicht zu stören. Draußen vor der Tür sah ein kleiner Knirps, der Sohn der „kranken" Frau; teilnahmsvoll sagte einer der im Weggehen begriffenen Männer der Nachschau: „Verhalte dich nur hübsch ruhig, denn deine Mutter ist sehr krank!" Und der Kleine? Mit freudiger Miene plapperte er heraus: „Ach nee, je leit (liegt) blus uf'm Mahle!" — Da wußte die Nachschaukommission Bescheid. Die „Schwerkranke" mußte ihr „Krankenbett" verlassen, und siehe da: anstatt Matratze oder Strohsack lagen einige Säcke Mehl darin, auf denen die schlaue Besitzersfrau „Todesangst" ausgestanden hatte. Das Mehl wurde natürlich beschlagnahmt und die Frau wird wohl für diese Art „Krankenlager" noch besondere „Kosten" bezahlen müssen, wenn sie auch im eigenen Bett gelegen hat.

Löwenberg, 5. Juli. Vom Blitz erschlagen. Bei dem letzten über unsere Gegend ziehenden Gewitter wurde der Stellenbesitzer Adam in Kunzendorf von einem Blitzstrahl getroffen und sofort getötet. Er war während des Gewitters auf dem Felde beschäftigt.

Lauban, 9. Juli. Die Queistalsperre bei Hochwasser. Die wolkenbruchartigen Regenfälle, die namentlich im oberen Queisgebiet niedergingen, haben ungeheure Wassermengen dem Staubecken der Queistalsperre zugeführt. Der Abfluß aus derselben war ganz bedeutend, so daß der unterhalb Lauban noch nicht regulierte Queis zwischen Haugsdorf und Logau die weiten Wiesenflächen überschwemmte. Durch die Ueberschwemmungen wurden bei Golhentraum, Eckersdorf und Neugersdorf große Mengen geschlagener Holzstämme fortgeführt und in dem Staubecken angeschwemmt. Durch die Queistalsperre sind auch diesmal wieder die furchtbaren Hochwasserschäden der früheren Jahre verhütet worden.

Bolkwitz, 10. Juli. Versiegelung der Zentrifugen. Wegen Ablieferung von zu stark verwässerter Milch sind hier, in Nieder-Bolkwitz, Oberzauche und einigen anderen Orten sämtliche Zentrifugen aufs neue versiegelt worden. Die Maßnahme ist durch die Regierung in Liegnitz, welche zur Milchabnahme einen Kontrolleur nach hier geschickt hatte, verfügt worden.

Neurode, 10. Juli. Der Streik auf die Dampfmühle. Eine wichtige Maßnahme wurde durch ein starkes Militärkommando an der hiesigen großen Hilbertschen Dampfmühle durchgeführt. Diese wurde völlig unter Gas gesetzt, um alle tierischen Schädlinge in den Betrieben zu töten. Nachdem die Mühle und die Mühlgeräte wieder betreten werden konnten, zeigte sich eine radikale Wirkung. Ueberall lagen tote Motten; alle Maden hingen tot, auch in den dichtesten Gewinkeln, die den Lauf der Produkte in den Mühlen auf das empfindlichste stören. Mäuse, die sich aus ihren Schlupfwinkeln hatten retten wollen, und vergeblich einen Ausweg gesucht hatten, lagen tot auf den Böden. Das Gas war in alle Ritzen und Winkel eingedrungen und hatte alle lebenden Wesen getötet, ohne irgend welche Schädigung an die lagernden Mehle und Produkte auszuüben.

Hauer, 10. Juli. Neuer Wucher mit Obst. Die Verpachtung des Kernobstes an den Chausseen des Kreises Hauer hat 30 070 Mark ergeben. Im vorigen Jahre hat der Kreis sein Obst selbst bewirtschaftet. 1916 ergab es 13 881, 1915 10 825 Mark. Die ungeheure Preissteigerung in diesem Jahre tritt um so mehr in Erscheinung, als die Ernte nicht einmal reichlich ist. — Da sicher wieder ein erhebliches Quantum der gesamten Hartobsternte beschlagnahmt wird, führte für die Allgemeinheit überhaupt kein Apfel, Birne oder Pflaume zu erkaufen sein.

Beuthen OS., 10. Juli. 6 Jahre Zuchthaus. Am 7. Juni d. Js. wurde, wie seinerzeit gemeldet, der bei der Kattowitzer Baufirma Boswau und Knauer tätige Kontorist Büttner im Flur des Geschäftshauses der Firma von dem Schlossergesellen Karl Matroß angefallen und seiner Aktentasche beraubt, in der er soeben 10 000 Mark Lohnungsgelder von der Bank geholt hatte. Matroß kam mit der Beute nicht weit, sondern wurde bald eingeholt und festgenommen. Im Verhör behauptete er, der ebenfalls bei Boswau und Knauer angestellte Bureaugehilfe Wilhelm Schönhorst sei mit ihm im Komplott gewesen und habe ihm verraten, wann Büttner mit einer größeren Geldsumme unterwegs sein würde. Am Sonnabend fanden nun Matroß und Schönhorst unter der Anklage des Raubes und der Beihilfe dazu vor dem hiesigen Kriegsgericht. Jetzt widerrief Matroß seine Beschuldigungen gegen Schönhorst, der ganz unschuldig sei, und da diesem auch keinerlei Beteiligung an dem Verbrechen nachgewiesen werden konnte, wurde er freigesprochen. Das Urteil gegen Matroß lautete auf sechs Jahre Zuchthaus und zehnjährigen Ehrverlust.

— Ein gutes Geschäft hat unsere Stadt mit ihrem Papier-Notgeld gemacht. Bei der Einlösung der Scheine wurde festgestellt, daß für 4250 Mark Notgeld nicht eingelöst wurde. Den Verdienst am Notgeld hat der Magistrat dem Hospitalfonds überwiesen. — In Breslau wird der Magistrat mit seinem Notgeld auch nicht zu kurz kommen, denn die Scheine sind zu lang.

Politische Uebersicht.

Von der Reichspartei. Der Hauptausschuß der Reichs- und freikonservativen Partei wählte an Stelle des wegen seines Gesundheitszustandes ausgeschiedenen Vorsitzenden Freiherrn von Zedlitz zum ersten Vorsitzenden den Reichstagsabgeordneten Schultz-Bromberg und zum geschäftsführenden Vorsitzenden den Landtagsabgeordneten Lübicke.

Vermischtes.

Papiererparnis in der Schule. Eine sehr praktisch veranlagte Schülerin einer Anstalt in Cassel benutzte die Zeitverhältnisse zu ihren Gunsten, indem sie einen Aufsatz schon nach wenigen Worten kurz und bündig mit folgendem Satz schloß: „Ich wüßte noch viel mehr von dem wunderbaren Frühling zu erzählen, aber ich will jetzt schließen, weil man in der Kriegszeit Papier sparen muß".

Beim Graphologen. „Den beleidigenden anonymen Brief, der Ihnen zugegangen ist, habe ich analysiert. Charakteristische sind besonders die Buchstaben „M" in „Mündvieh", „M" in „Mundstatz" und „P" in „Pump". Sie deuten auf vornehme Gesinnung, auf einen noblen, feinfühlenden Charakter, auf Offenherzigkeit, Güte, Wahrheitsliebe . . . und nun müssen Sie bloß in Ihrem Bekanntenkreis suchen, auf wen diese Eigenschaften zutreffen."

* * *

Drei Mädchen.

Drei Mädchen gingen durch die Flur;
Die eine sprach im Plaudern:
„Mich hat ein schöner Bub geliebt,
Wie's kaum noch einen besseren gibt;
Er fiel da draußt' in Flandern".

Die zweite lächelte verträumt
Und sagte leis verstohlen:
„Er hat' ein schwarzes Augenpaar,
Ein heißes Herz und schwarzes Haar
Und schläft schon lang' in Polen".

Die dritte sprach: „Der Mine lebt
Und liegt mir sehr am Herzen;
Er ist in einem Lazarett
Und liegt in einem weißen Bett
In Wunden und in Schmerzen".

Dann sind die drei gedankenschwer
Heim in die Stadt gegangen.
Doch abends in dem hellen Licht
Gedachten sie der Liebsten nicht
Und tanzten voll Verlangen.

Und der, von dem die letzte sprach,
Der lag derweil im Fieber
Und lächelte: „Ich weiß es ja,
Wie du mich liebst und bist mir nah,
Denn keine hat mich lieber".

Fräul. Willy Werner in der Chemnitzer „Volksstimme".

Briefkasten.

Unentg. B. Die Aufwandsentschädigung wird für die entsprechenden aktiven Dienstjahre gezahlt.

W. G., Klosterstraße. Anfragen ohne Bezugsquittung werden nicht beantwortet. Die Bezugsquittung erhalten Sie auf Wunsch von der Zeitungsträgerin.

U. D. 80. Das beste ist, Sie wenden sich an Ihren Kompagnieführer mit der Bitte, die Sache weiterzugeben.

K. M. Was ist das für eine Schlußfolgerung? Wenn Ihr Kind nicht mehr bekam, soll das andere Kind auch nicht mehr bekommen. Sie müssen zahlen; da hilft kein Widerspruch.

B. G., Opitzstraße. Gewiß, das ist möglich. Ihr Sohn soll sich an seine Vorgesetzten wenden, und Sie können an den Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission in Breslau 10, Neudorfer Straße 11/13, schreiben.

W. N., Sohn. Von einem solchen Briefe ist uns nichts bekannt.

Völkerrecht. Wenden Sie sich an die Zentralstelle, Charlottenburg, Kantstraße 159.

K. K. Ihre Verse werden wir gelegentlich verwenden.

K. W. Das Verpflegungsgeld ist nicht erhöht worden. Anspruch auf Kommandogeld besteht nicht.

Wehrm. H. St. Ein gesetzlicher Anspruch auf Gefangenenlöhnung besteht überhaupt nicht; sie kann, muß aber nicht vom Bataillon bewilligt werden. Schreiben Sie nur an das Bataillon, wo der Sohn zuletzt gestanden hat.

B. 509. 1. Zu fordern haben Sie nichts; die Beihilfe kann nur erbeten werden. 2. Neue, die Zulage ist allen Kindern zu zahlen. Beschweren Sie sich beim Landrat.

J. Sch. in Kreuzburg. 1. Gewiß, das ist möglich. 2. u. 3. Es empfiehlt sich in jedem Falle, den Rentenantrag bei den Vorgesetzten zu stellen. 4. Wer eine Rente wegen Kriegsdienstbeschädigung erhält, bekommt auch stets die Kriegszulage von monatlich 15 Mark.

Krankenträger M. S. Wenn nichts vorhanden ist, gibt es nichts, auch keine Geldentschädigung. Da ist leider nichts zu machen. Wir werden die Sache weitergeben.

G. B. 251. Nach unserer Ansicht können Sie diese Prüfung kaum noch ablegen; versuchen Sie es nur mit einer schriftlichen Bitte.

Gefr. Ab. F. Sie müssen sich an die Volksfürsorge in Breslau I, Margaretenstraße 17, wenden; von dort erhalten Sie gern näheren Bescheid.

W. B. Ja, dieses Gesuch muß dem Kol.-Kommandeur vorgelegt werden.

A. W. P. 6. Nun der Staatseinkommensteuer sind Sie als Eingezogener befreit, weil Sie weniger als 3000 Mark Einkommen haben; die Gemeindesteuern und Kirchensteuer müssen Sie aber laut gesetzlicher Vorschrift zahlen. Die Gemeinden haben es allerdings in der Hand, auch die Gemeindeeinkommensteuer den Eingezogenen zu erlassen; doch in Ihrem Wohnort scheint das nicht geschehen zu sein.

W. 1000. Der preußische Kriegsminister hat im Herbst 1917 dem Reichstagsabgeordneten Müller-Meiningen auf eine Anfrage geantwortet, daß später vieler Kinder, die nach der väterlichen Erziehung und Unterhaltung bedürften, auf Verlangen aus der vordersten Linie zurückgezogen werden können (nicht müssen), soweit es die militärische Lage, besonders die Ersatzverhältnisse, erlauben.

Feldpost. Eingegangen von Max Lippner, Feldpost 545, 4 Mk. — Paul Retter, Feldpost 805, 4 Mk. — Watzke, Landwehr 51, 8 Mk., jetzt ist die 30. 9. bez. — Gefreiter Werner, Feldpost 1008, 4 Mk., bis 30. 9. bez. — August Scholz, 835, 4 Mk. bis 30. 10. bez.

Gefr. Emil Preuß. 1 Mark eingegangen.

„Permenophn"-Brillengläser geben gleichmäßiges, ruhiges und deutliches Lesen.
Optiker Garai, Albrechtstr. 3

Erscheint 8 mal wöchentlich. **Bezugsquellen-Verzeichnis.** Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Alkoholfreie Getränke.
Bilz-Sinalco.
Brause-Limonade, Sinalcobrunnen, Reichsstr. 120, Telefon.
Thomas Krause, Gabitzstr. 84, Telephon 2311.

Bäckereien und Konditoreien.
Kreith, Carl, Oderstraße 28.
Biegon, Carl, Steinmetzstr. 8.

Berufskleidung, Wäsche.
Blaustein, J., Kurprinzenstr. 42.

Bier-Brauereien, Bier-Verleger.
Blauer Adler, Schuhbrücke 57, Ort.: E. Jahr. Hasse-Bier. Vergnügliche Küche.
Brauerei Zum Rautenkranz, eingetr. Genossenschaft m. b. H.
Grüner Poliak, Reuschestr. 64, N. Oranienstr.
Bittner, Max, Fr.-Wilhelmstr. 45
Kern, Josef, Oderstraße 3.
Menzel, A., Kurprinzenstr. 5/6
Nitsche, Paul, Nikolaistr. 18.
Sökel, Franz jr., Hubenstr. 76.
Vogel, C., Reuschestraße 28.
Vertr. f. N.: Brauerei, Neumarkt.

Blusen — Röcke.
Neuhellen, Gartenstraße 22, I. (Straßenb. b. Markth.

Drogen und Farben.
Hahnemann, P., vorm.: P. Utzt, Trebnitzerstr. 12

Eisen- u. Stahlwaren.
Engel & Beul, Gräbschenerstr. 30
Klatzky, O., Weidenstraße 13, (Messerschmiede) u. Taschen, L., Nachf., Kletterstr. 75

Eisenwaren- und Werkzeughandlung.
Schenk, Otto, Matthiasstr. 91/93, Telefon 2162.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Fahrrad-Haus „Frisch auf", Kletterstr. 42.

Färberei u. Wäscherei.
Feltz, L., Fil.: Kletschkestr. 21, Adalbertstr. 78, Gräbschenerstr. 131, Nikolai 5609.
Hellige, M., Fabrik chem. Reinigungsanstalt.

Fische, Rauchfleischwaren u. Delikatessen.
Altonaer Fischhalle, Breslau I, Herrenstr. 34, Fernspr. 7071 am Fischmarkt.
Uberle, Wilh., Matthiasstr. 103.
D. D.-G. „Nordsee", Schmiedebrücke 19, frisch vom Riff.

Fleischereien und Wurstfabriken.
Becker, A., Nachf. C. Schneider, Tarentzienstraße 15.
Boer, Kurt, Feldstr. 19a.
Dietrich, Rudolf, Oderstraße 30.
Heinrich, A., Schweidnitzerstr. 31, Ecke Reichenbachstr.
Jacob, Max, Fabrikant, Ohlauerstr. 83.
Kulche, H., Friedr.-Wilhelmstr. 92.
Kuhle, Karl, Pfefferstraße 11.
Nimmel, F., Fr.-Wilhelmstr. 107
Lorenz, Carl, Ohlauerstr. 81.
Meinhold, Richard, Neumarkt 14
Merenda, Paul, Matthiasstr. 143
Papst, Reinhold, Neumarkt 34.
Petroll, Friedr., Lessingstr. 29.
Pfing, Carl, Bürgerwerder 69.
Rademacher, Emil, Berlinerstr. 14
Schiewek, Rob., Steinmetzstr. 58
Schmidt, Jul., Matthiasstr. 174.
Scholz, Georg, Oderstraße 11.
Stenzel, Jos., Graupenstraße 169
Strichel, Gustav, Nikolaistr. 70.

Galanterie- u. Spielwaren
Gebr. J. Benjamin, Schmiedebrücke 12, 1. Eingang b. Ring.
Renner, Rud., Fr.-Wilhelmstr. 79.

Gardinen, Teppiche
Baleschewsky Ed. jr., Nikolaistr. 75—76.

Gasthäuser u. Hotels.
Hotel und Gasthof zum alten Viehhof, Schweidnitzerstraße 7.

Haus- u. Küchengeräte Glas- u. Porzellanhdlg.
Hanisch, Wwe., Fr.-Wilhelmstr. 58
Renner, Rud., Fr.-Wilhelmstr. 79
Nathe, Arno, Gräbschenerstr. 28
Sachs, Herm., Nachf., Adalbertstr. 20
Schmiedel, A., Fr. 11. Tel. 1780.

Herren-Garderobe.
Chortinsky & Jacobsohn, Reuschestraße 60/61.
Kayser, Spez.: Arb.-Garderobe, Kletterstraße 67.
Meister, Gebr., Albrechtstraße 49.

Hüte und Mützen.
Barth, H., Gräbschenerstr. 12
Reichsstr. 20, Adalbertstr. 2

Klinematographen.
Eden-Theater, Nikolaistr. 97.

Kolonialwaren.
Dr. Zwiefelhofer, M., Nikolaistraße 7.

Konditoren und Schokoladen.
Neumann, C. Gottlieb, Nikolaistraße 45.
Kaiser, G., Matthiasstraße 106
Pohl, P., Nachf. Schmiedebrücke 57
Schneider, Br., XVII, Gärtnerstr. 6

Korsetts.
Fischer, Hulda, Kaiserstraße 17

Lederwaren u. Sattlerei.
Kämpf, Emil, Fr.-Wilhelmstr. 84

Margarine — Lebensmittel.
E. Abraham, Fr.-Wilhelmstr. 12 (Wasserplatz).

Teeversand.
Trinkt nur Ge-He-Kre-Tee a. d. Lauterbrücke, Gitschinerstr. 3, I.

Manufaktur-Modenwaren
Damen- und Kinder-Bekleidung: Kostüme: Kleider Mäntel: Jacketts Blusen und Röcke aus Wolle, Voile oder Seide in groß. Auswahl am Lager. Preise solide — streng fest. Heinrich's Konfektionshaus Reuschestr. 11/12. — Tel. 5812 Lieferant des Konsumvereins „Vorwärts".
Hohmuth, Di., Fr.-Wilhelmstr. 26
Simon, L., Steinmetzstr. 11, Herren u. Wäsche.

Milch- und Butterhandlungen.
Breslauer Molkerei, E.G., Berlinerstr. 60/62
Fernsprechstelle für Fabrik u. Verkauf: Hensel, Alois, Brunnenstr. 34, pt.
Rudolph, Tauentzienstraße 87.
Spez.: Buttermilch.
Stoll, E., Ohlauerstraße 21.
26 Filialen
Tuchke, Hugo, in all. Stadtteilen.

Möbel-Magazine.
Siegel, Max, Bürgerwerder 5.
Weissmann & Co. Ecke Ohlauerstraße und Gabitzstraße.

Musikalien-Instrumente.
Musik-Lorke, Fr.-Wilhelmstr. 89 haus Lorke, Grammophone, Schallplatten, Musikinstrumente.

Papier- u. Schreibwaren.
Bielschowsky Ed. jr., Nikolaistr. 75—76.
Friedländer, G., Sonnenstr. 30, Ecke Trinitatisstr.
Hauschner, Fr., Neue Graupenstr. 15.

Weiss- u. Wollwaren.
Hoffmann, Auguste, Posenerstraße, Kaiserstr. 61
Kausch, H. Nachf., Fr.-Wilhelmstr. 62
Kaufh. H. Kuh, 8% Rabatt.
Königs, Karoline, Kirbelstr. 5
Konfektion, Posenerstr. 22
Langer, G., Posenerstr. 23, 5% Rab.
Mädler, Wwe., Friedrich-Wilhelmstraße 14, am Wachsplatz.
Tschirschky, Georg, Ohlauerstr. 15

Werkzeuge, Beschläge.
Fährborn, Nachf., Fr., Albrechtsstr. 12

Wild und Geflügel.
Adler, L., Oderstraße 2.

Schankwirtschaften.
Burghardt, W., Weidenstraße 13 (Ohlauufer).
Spitzen, Adolph, Graupenstr. 15.
Seidel & Kleinert, Schweidnitzerstr. 2.
Kenning, H., Hinterbleiche 5/6
Kentschel, F., Nikolaistraße 8.
Kentschel, Paul, Reuschestr. 29.
Kitschke Nachf., Reuschestr. 54.
Kotzi, Hermann, Matthiasstr. 7.
Rud. Woralla, Mehlg. 45/47.
Raschke, O., Telefon 1111.
Schiedewan, C., Klosterstraße 104, Schweidnitzerstraße 45, Katharinenstraße 8, Mühlenplatz 11, Matthiasstr. 102, Neudorfstr. 68, Weidenstraße 33, Ecke Schweidnitzerstr.
Schiedewan-Riedel, Teichstr. 23
Zum Krug zum gr. Kreuz, Neudorfstraße 54 a.
Schramm, A., Scheitnigerstr. 20.
Ullrich, E., Michaelisstraße, Ecke Weinstraße.
Waehner, J. Ranch. u. Schett-nigerstr. 93, Tel. 8772
Weiße, Melch., Schweidnitzerstr. 30

Sargmagazine.
Benedix, Geb., Fr.-Wilhelmstr. 1, Ecke Königsplatz.

Schirme, Stöcke.
Krusche, Karl, Lessingstraße 11.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Christmann, Inh.: Koch, Scheitnigerstr. 86.
Moh, Carl, Friedr.-Wilhelmstr. 20.
Wunder, Paul, Fr.-Wilhelmstr. 68

Trauer-Kleidung.
Benedix, A., Ring 1, Ecke Albrechtstr.

Trauerschleier.
Freudenthal & Steinberg Nachf., Gros- u. Kleinverkauf, Schlesstr. 2

Verkehrs-Institut.
Gelbe Radler, Telefon 10 000, 4315, 4340.

Waren- u. Kaufhäuser.
Kaufhaus „Adler", Fürstenstraße 2.
Kaufhaus Jul. Friedländer, Neudorfstr. 76.

Wäsche, Trikotagen.
Bartsch, M., Tauentzienstr. 178.
Pfeiffer, Carl, Fr.-Wilhelmstr. 31

Zahn-Ateliers.
Martha Greiert, Augustastr. 152
Hoffnik, Paul, N. d. Magdalenenkirche, I

Zahntechnik.
Karl Titus Nachf., Ohlauerstr. 45, II, Telefon 7273.

Zigarren u. Zigaretten.
Guttmann, E., Carlsplatz 2.
Klinkig, Fil.: Augustastr. 11
Mahwald, Georg, Prebnitzerstr. 66
Rolle, E., (Inh.: Karl Walter), Paulstraße 8.
Seidel, Herm., Rosenthalerstr. 16.

Scheitniger Lokale.
Wirtsh. Karl, Pfefferstr. 103.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Brieg
Arbeiter-Konfektion.
Mildner, B., Ratiborstraße 1.

Bierbrauereien.
Brieger Stadtbrauerei A.-G.
Bürgerl. Brauhaus, E.G. m. b. H.

Holz- u. Kohlenhandlung.
Triller, Carl, Neuhäuserstr. 55.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Urbanczik, O., Hofstr. 11/12, Schuhwaren.

Kurz-, Weiss- u. Wollwaren.
Sächsischer Bazar, B. David, Ring Nr. 27, Schwedenberg, E., Hofstr. 80.

Uhren und Goldwaren.
J. Scheibner, Hofstraße 5.

Ohlau
Möbel, Konfektion, Schuhwaren.
Kreussel, Karl, Ring

Manufakturwaren, Damen- und Herren-Konfektion.
Zobels Nachfolger, Fernspr. 109.

Nähere Umgebung Breslaus.

Cosel
Bäckerei.
Stiefler, Franz, Holzstr. Nr. 22.

Dt.-Lissa-Stabelwitz.
Arbeiter-Bekleidung, Schuhwaren.
Brauer, Rausch, Breslauerstr. 19

Manufakturwaren, Arbeiterkonfektion.
Drexl. Lagral-Lager, Breslauerstraße 1.

Lokale a. d. Oder
Restaurateure.
Z. Lindenpark, Inh.: J. Borrmann, Grünerche.

Oswitz
Restaurateure.
Schaube, Wilhelm, Oswitz.

Gr.-Mochbern
Schnittwaren, Kolonialw.
Engel, Max, Groß-Mochbern.

Rosenthal
Restaurateure.
Friedrichsruh, Rosenthal, a. d. 1000 Jungfrauen-Friedhof

Kl.-Tschansch
Bäckerei.
Brikel, O., Ohlauer 18, Ecke Rabetin.

Kolonialwaren.
Wittek, Wilhelm, Tschansch.

Volksfürsorge
Gewerkschaft ich-Gesellschaftliche Versicherungsaktien-Gesellschaft in Hamburg
Arbeiter!
Versichert Euch und Eure Kinder nur in der Volksfürsorge!